Ostland

Halbmonatsschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30, Motzstraße 46. Fernruf B 5, Barbarossa 0914.
Postscheckkonto Berlin 65839 — Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau,
Illstraße 2 — Druck: Konzentration AG, Abt. Spandau, Seegefelder Straße 146 — Erscheint monatlich zweimal.
Bezug durch die Post vierteljährlich RM. 0,90 — Einzelnummer RM. 0.20 und RM. 0,05 Postgebühr. — J. v. W. g.

Nr. 9 | Berlin, den 1. Mai 1935 | 16. Jahrgang

Wiederannäherung Polens an Frankreich

Die polnische Regierung hatte als einzige von den vier Regierungen, denen die Verkündung des deutschen Wehrpflichtgesetzes förmlich mitgeteilt worden war, gegen diese Maßnahme der Reichsregierung keinen Einspruch erhoben. Die polnische Regierungspresse hatte mehrfach zu erkennen gegeben, daß sie für den deutschen Schritt in der Wehrfrage ein gewisses Verständnis aufbrachte, in ihm keine Bedrohung der Sicherheit Polens erblickte und eine Aktion der Mächte in dieser Frage nicht für zweckmäßig hielt. Die polnische Regierung hatte, einer nicht dementierten Meldung zufolge, einige Tage vor dem Zusammentritt des Völkerbundsrates dem Generalsekretär des Bundes mitteilen lassen, daß sie sich außerstande sehe, der geplanten Verurteilung Deutschlands ihre Zustimmung zu geben. Und schließlich hatte der polnische Außenminister noch am 16. April auf der Ratstagung selber in einer Rede, die man als ein Bekenntnis zur Fortsetzung der deutsch-polnischen Annäherungspolitik auffassen konnte, gesagt, daß er nicht an die Nützlichkeit neuer Bemerkungen zur deutschen Rüstungsfrage zu glauben vermöge. Nach alledem schien es so, als hätte die polnische Regierung beschlossen, sich bei der Abstimmung über den gegen Deutschland gerichteten Antrag der Mächte zum mindesten der Stimme zu enthalten. Ein solches Verhalten wäre jedenfalls die logische Folgerung aus den bisherigen Bekundungen der maßgebenden polnischen Stellen gewesen. Es ist aber anders gekommen. *Oberst Beck hat für den Antrag gestimmt, der den Versuch einer neuen Diskriminierung Deutschlands darstellt.* Auch gehört Polen dem aus Vertretern von 13 Staaten gebildeten *Sanktionsausschuß* an.

Soweit die Tatsachen! Und nun die Gründe für dieses Verhalten. Es ist verschiedentlich gesagt worden, daß der Warschauer Regierung für ihr Einschwenken auf die französische Linie die Zusicherung gemacht worden ist, daß — sei es stillschweigend, sei es ausdrücklich — die Mächte in Zukunft darauf verzichten würden, den *Minderheitenschutzvertrag* auf Polen anzuwenden. Das ist möglich. Bisher stand, wie wiederholte Aeußerungen von englischer Regierungsseite erkennen ließen, Polen immer noch unter der Ungewißheit, ob die Mächte nicht eines Tages doch noch einmal versuchen würden, ihm mit der Minderheitenfrage Schwierigkeiten zu machen. Es mag ein beruhigendes Gefühl für Polen sein, vor solchen unerfreulichen Eventualitäten sich gesichert zu wissen. Aber als Grund, in einer Angelegenheit von grundsätzlicher politischer Bedeutung von heute auf morgen umzufallen, reicht die Minderheitenfrage wohl doch nicht aus. Da müssen schon schwerer wiegende Gründe mitgespielt haben.

Vielleicht hat das *litauische Problem* dabei eine Rolle gespielt. Litauen ist das Schoßkind der Pariser und Moskauer Großen. Man kann den Genossen *Karski*, der in Kauen als Sowjetgesandter fungiert, nicht eben als eine den Polen sympathische Erscheinung bezeichnen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß den Vertretern Polens noch vor der Abstimmung über den von Frankreich vertretenen Antrag in geeigneter Form klargemacht worden ist, daß man in Paris und Moskau unter gewissen Umständen nicht abgeneigt wäre, in der *Wilnafrage* eine dem folgsamen Litauen genehme Haltung einzunehmen, wie man es ja in der Memelfrage ähnlich zu tun beliebt. Es ist vielleicht auch kein Zufall, daß eben in dieser Zeit in Litauen in bezug auf das Wilnagebiet Pläne aufgetaucht sind, von denen man seit 1921 kaum mehr etwas gehört hat, und denen zufolge die Lösung dieses hartnäckigen Streitfalles etwa so gedacht ist, daß das von Polen loszulösende Gebiet als dritter „Kanton" an die „Kantone" Memel und Kauen angefügt werden soll. Nach den wiederholten Schlappen, die Warschau bei der Verfolgung seiner baltischen Pläne erlitten hat, ist der Gedanke, daß derartige Projekte der politischen Kreise Kauens in einem ursächlichen Zusammenhang mit den Moskauer Sympathien für Litauen stehen könnten, für Polen wenig erfreulich.

Aber das Verhältnis zu Litauen ist sicherlich auch noch kein zwingender Grund für die Genfer Haltung des polnischen Außenministers gewesen. Es hat sich für Polen um eine Frage von größerer Bedeutung gehandelt: Frankreich hat seinem schwankenden polnischen Bundesgenossen wohl in ultimativer Form zu verstehen gegeben, daß jetzt mit dem politischen Herumspazieren zwischen den Fronten endlich Schluß gemacht und eine klare Entscheidung gefällt werden müsse. Frankreich hat sich dabei — wie es zunächst schien — in der glücklichen Lage befunden, darauf hinweisen zu können, daß sein *Abkommen mit der Sowjetunion* so gut wie perfekt ist, daß zwischen der *Tschechei und Moskau* ein weitgehendes Einvernehmen besteht, und daß auch hinsichtlich einer Einbeziehung der *baltischen Staaten* in das französisch-russische System die seit langem verfolgten Pläne nahe vor ihrer Verwirklichung stehen. Diese Hinweise haben offenbar ausgereicht, den polnischen *Schwächeanfall* in Genf zu bewirken. Als Verbündeter Deutschlands zu gelten, das ist den Warschauer Kreisen denn doch wohl zu gefährlich erschienen. Wenn *England* sich etwas mehr von der französischen Linie abgesetzt hätte, dann wäre Polen wahrscheinlich diesem Beispiel gefolgt. So aber hat die notwendige Rückendeckung gefehlt. Gemessen an dem betonten Selbstbewußtsein, mit dem die polnische Regierung in den letzten anderthalb Jahren ihre Außenpolitik zu umgeben verstand, hinterläßt die ganze Angelegenheit doch einen etwas peinlichen Eindruck.

Die *polnische Regierungspresse* hat einen möglichst harmlosen Eindruck zu machen und die ganze Angelegenheit zu bagatellisieren versucht. Demgegenüber erscheint es notwendig, darauf hinzuweisen, daß es für Deutschland, das seit Jahren im Kampf um seine Gleichberechtigung steht, durchaus keine Bagatelle ist, wenn die bevollmächtigten Vertreter der sogenannten zivilisierten Mächte sich von dem Exponenten der bolschewistischen Weltrevolte ihre politische Marschroute vorschreiben lassen, und daß es in Deutschland besonders peinlich berührt, wenn sich an diesem wenig würdigen Schauspiel auch der Vertreter *des* Landes beteiligt, das bei anderen Gelegenheiten nicht genug den Ruhm seiner historischen Mission als eines „Bollwerks der europäischen Kultur" hervorheben kann. Das

Verhalten des polnischen Außenministers in Genf ist offenbar auch der polnischen Presse überraschend gekommen. Sie hat es in mehr oder weniger gewundener Form damit zu erklären versucht, daß Oberst Beck es beiden Teilen, Deutschland sowohl wie Frankreich, recht machen wollte; für Deutschland war die Rede vom 16. April, für Frankreich das Ja-Wort vom folgenden Tage bestimmt. Man kann nicht behaupten, daß das einen guten Eindruck macht.

Polen hat für den französischen Antrag gestimmt, weil es die Brücken nach Frankreich nicht abbrechen wollte. Laval hatte damit gedroht. Polen hat durch sein Nachgeben den Abbruch vermieden. Laval wird, bevor er nach Moskau fährt, Warschau besuchen und damit zum Ausdruck bringen, daß er Polen auch noch weiterhin der französischen Freundschaft für würdig befindet. Man kann das als einen Erfolg der polnischen Taktik bezeichnen. Denn sicherlich ist es für Polen nützlich, sich in das französisch-russische Verhältnis eingeschaltet zu haben. Aber nach dem Schwächeanfall in Genf ist die Verhandlungsgrundlage für Polen nicht eben günstig. Es ist weiter die Frage, ob der Stellungswechsel des Obersten Beck in Genf überhaupt notwendig war, um zu dem vorgesteckten Ziel zu gelangen. Man kann das bezweifeln. Denn das Verhältnis zwischen Kreml und Quai d'Orsai war durchaus noch nicht so, wie es Litwinow sich gewünscht und Oberst Beck vielleicht befürchtet hatte. In verschiedenen Punkten, so vor allem in der Frage der automatischen Beistandspflicht blieben noch einige nicht nebensächliche Meinungsverschiedenheiten zu überwinden. Außerdem hatte das anspruchsvolle Auftreten der Sowjetunion bei England, Italien und mehreren anderen Ländern Bedenken geweckt, über die sich Frankreich nicht ohne weiteres hinwegsetzen konnte. Diese Situation hätte Polen auch ohne die Beteiligung an dem antideutschen Manöver in Genf die Möglichkeit, sich einzuschalten, gegeben, wie ja auch die Fühlungnahme Becks mit Suvich beweist. Notwendig oder nicht, — Polen hat, nach seinem Verhalten in Genf zu urteilen, die Absicht, sich wieder seinem französischen Bundesgenossen zu nähern, wie es zugleich auch eine Annäherung an Litauen mit stärkerem Nachdruck betreibt und eine Entspannung seines Verhältnisses zur Tschechei herbeizuführen versucht. In jedem Falle handelt es sich für Polen darum, den bedrohlichen Einfluß, den die Sowjetpolitik in Paris, Prag und Kauen besitzt, nach Möglichkeit zu vermindern. In Deutschland werden die Wandlungen, die sich aus diesem Versuch einer Wiederannäherung Polens an Frankreich und dessen Trabanten ergeben, nicht unbemerkt bleiben. **Dr. K.**

Memel, Litauen und die Mächte

Kauen und die Großmächte

In Stresa war auch von der Memelfrage die Rede. Die Frage ist dort offenbar von den Engländern angeschnitten worden, die als einzige von den drei europäischen Signatarmächten des Memelstatuts einiges Verständnis für den Ernst der Situation und für die aus der Garantie entspringende moralische Verpflichtung aufzubringen vermögen. Das Ergebnis der Aussprache war die Ueberreichung einer neuen Note in Kauen. Der Inhalt der Note ist nicht veröffentlicht worden. Der Eindruck, den sie in Kauen gemacht hat, war gleich null. Der Londoner „Daily Telegraph" bezeichnete sie als „die schwächste Note, die jemals einem vertragsbrüchigen Staate zugestellt worden ist". Trotzdem zeigte sich die Pariser Presse wenig darüber erfreut, daß ihre Regierung sich auf die englischen Vorstellungen hin gezwungen gesehen hat, gegen den so angenehm gefügigen Lakaienstaat an der Ostgrenze Deutschlands etwas zu unternehmen. Es wird eines energischeren Auftretens des Foreign Office bedürfen, um in Paris das politische Anstandsgefühl zu wecken, das man in London immerhin noch besitzt.

Daß die litauische Regierung ohne sichtbaren und fühlbaren Zwang von ihrer Terrorpolitik im Memelland nicht abweichen wird, dafür liegen ganz eindeutige Beweise vor. Der litauische Innenminister erklärte am 23. April in einer Rede vor der Kauener Handelskammer ausdrücklich: „Eine Aenderung der Memelpolitik kommt nicht in Frage." Das offiziöse Blatt der Regierung, „Lietuvos Aidas", schrieb: „Um das Kauener Urteil kümmern sich die Mächte nicht. Sie wollen nur das Funktionieren des Landtags. Das ist nur durch Aenderung des Wahlsystems möglich. Unsere Politik im Memelland wird dadurch nicht berührt. Wir werden uns Zeit nehmen, reiflich zu überlegen und zu erwägen. Daß wir von unseren Rechten im Memelgebiet abgehen könnten, glauben die Mächte selbst nicht." Aehnlich schrieb die Kauener Zeitung „Lietuvos Zinios": „Litauen wird durch den Schritt der Mächte weder erregt noch beunruhigt. Wir bauen auf unsere Freundschaften und vielleicht auch auf unsere Bündnisse. Gewalt gegen uns gibt es nicht. Einstimmigkeit zu Maßnahmen gegen uns ist nicht zu erreichen. Wir verfolgen unser Ziel weiter, wie wir es bisher verfolgt haben: Das Memelland ist und bleibt litauisch."

Die Lage ist also völlig klar. Litauen richtet sich nach den Verhaltungsmaßregeln, die es vom Genossen Karski, dem Sowjetgesandten in Kauen, erhält, und im übrigen vertraut es auf Frankreich, dessen Kauener Vertreter in letzter Zeit mehrfach ostentative Huldigungen dargebracht wurden. Man verläßt sich in Kauen auf den Gesandten Klimas in Paris, dem es schon wiederholt gelungen ist, die Aktivität der Mächte in der Memelfrage zu hintertreiben. So vor einigen Monaten, als die Signatarmächte einmal Miene machten, in Kauen vorstellig zu werden; da verstand es Klimas, den Schritt zu verhindern, indem er den Mächten vorlog, in Ostpreußen ständen so und so viel deutsche Truppen zum Ueberfall auf das Memelgebiet bereit. Und so auch jetzt wieder, als die neue Note bevorstand; da wartete Klimas mit der erstaunlichen Nachricht auf, daß ein Vorgehen der Mächte völlig überflüssig sei, da ja die deutsche Regierung selber in Kauen vorstellig geworden wäre und von sich aus eine freundschaftliche Verständigung vorgeschlagen habe!

Nach außen hält sich die litauische Regierung in letzter Zeit in der Memelfrage etwas zurück. Das bedeutet natürlich durchaus nicht, daß sie die Absicht hat, auf ihre gewaltsame Entdeutschungspolitik zu verzichten. Die rechtswidrigen Maßnahmen, die der zurückgetretene Terrorgouverneur Navakas eingeleitet hat, laufen auch heute noch weiter und wirken sich auf das Memelland weiterhin schädigend aus. Wie sich aus den oben angeführten Aeußerungen entnehmen läßt, plant Litauen, nach möglichst langem Hinauszögern Wahlen zum Memeler Landtag zu veranstalten. Der „Vorbereitung" dieser Wahlen gilt zur Zeit die Hauptaufmerksamkeit Litauens. Es hat schon dadurch vorgesorgt, daß es die Zahl der deutschen Wahlberechtigten durch die verschiedensten Rechtsbrüche und Schiebungen möglichst herabzudrücken, die Zahl der wahlberechtigten Litauer dagegen künstlich hochzutreiben bestrebt ist. Vor allem ist hier die beschleunigte Verleihung des memelländischen Bürgerrechtes an zugewanderte Schamaiten zu nennen. Nach den vor kurzem von dem illegalen Direktorium Bruvelaitis erlassenen neuen Bestimmungen wird der Masseneinbürgerung landfremder Elemente aus dem Osten Tür und Tor geöffnet. Nach diesen Bestimmungen genügt für die Einbürgerung eine Bescheinigung, daß der Antragsteller sich seit einem Jahre im Memelgebiet aufhält. Beamte und Angestellte der Zentralbehörde sowie der Autonomieverwaltung erwerben die memelländische Bürgerschaft automatisch mit der Anstellung bei der betreffenden Behörde. Und so weiter. Man rechnet damit, daß auf diese Weise etwa 8000 bis 9000 Großlitauer mit einem Schlage memelländische Bürger werden und damit auch bei der künftigen Landtagswahl wahlberechtigt sein werden. Gegenüber diesen Maßnahmen muß, wie gegenüber allen Maßnahmen, die seit der Absetzung des deutschen Direktoriums Schreiber Mitte letzten Jahres getroffen worden sind, festgestellt werden, daß sie als nicht zu Recht bestehend bezeichnet werden muß, da ihr Urheber, das litauische Direktorium, illegal ist.

Eine Broschüre über den Memelprozeß

Im Verlag Grenze und Ausland, Berlin, ist ein 24 Seiten starkes Heft erschienen, das den Titel „Das Kownoer Bluturteil — Die Wahrheit über den Prozeß gegen 126 Memelländer vor dem Kriegsgericht in Kowno" trägt. Es gibt in knapper, sachlicher Form einen Einblick in die den Memelländern gegenüber angewandte litauische Henkerjustiz. Die Schrift zitiert zunächst kurz das Urteil und geht dann auf die eigentlichen Hintergründe des Prozesses ein. Es galt ja nicht, die Schuldigen an irgend einem Aufstand abzuurteilen, es galt, in einer widerlichen Justizkomödie diesen angeblichen „Aufstand" überhaupt erst zu schaffen, um dann völlig unschuldige Menschen mit Todesstrafen, lebenslänglichen Zuchthausstrafen und insgesamt 345½ Jahren befristeten Zuchthausstrafen zu belegen. Es kam nicht darauf an, Schuldige zu verurteilen, man wollte mit diesen Urteilen vor der Welt der im Memelgebiet waltenden brutalen Gewaltherrschaft ein rechtliches Mäntelchen umhängen.

Treffend wird in der Schrift die Verhandlung vor dem Kriegsgericht skizziert. Hier ist ganz sachlich Material zusammengetragen worden, aus dem die verbrecherische Justizkomödie dieses Prozesses erhellt. Man hat Memelländer auf die Anklagebank gebracht, die überhaupt gar nicht gemeint waren, man hat alle Künste der brutalen Erpressung und Folterung angewandt, um Unschuldige zu Schuldgeständnissen zu zwingen, man hat Protokolle gefälscht und alle Beschwerden unterbunden, um dann mit zynischem Hohn den Angeklagten vorzuhalten, es seien ja keine Beschwerden von ihnen eingegangen. Man hat unparteiische Ausländer, die entsetzt waren über diese asiatisch zu nennende Art der „Rechtsprechung", wie den bekannten englischen Rechtsanwalt Sir Alexander Lawrence, ausgewiesen und seine Mitarbeiter verhaftet. Man hat aus Worten wie „Frauen und Männer" einfach „braune Männer" gemacht, und das genügt für ein paar Jahre Zuchthaus. Man hat die Abkürzung H. H. (Herderschule Heydekrug) in Heil Hitler gedeutet und dafür Lehrer ins Zuchthaus geworfen, man hat Jagdwaffen und alte verrostete Knarren „beschlagnahmt", obwohl für all diese Waffen ordnungsmäßige Waffenscheine vorhanden waren, und schämt sich nicht, zu behaupten, daß die Memelländer mit diesen paar Donnerbüchsen den litauischen Staat mit Krieg überziehen wollten.

Selbst die Staatsanwälte — und Staatsanwälte litauischer Kriegsgerichte sind nicht gerade von Gewissensbissen geplagt — haben sich geweigert, aus dem Vorhandensein dieser paar Dutzend legal erworbener und legal gehaltener Waffen einen bewaffneten Aufstand zu konstruieren. Das Ungeheuerlichste aber sind die Todesstrafen, die vom Kriegsgericht verhängt wurden. Hier sind Menschen einfach an das Schlachtmesser einer tollwütigen Exekutive geliefert worden, denen auch nicht ein Jota von dem nachgewiesen wurde, was ihnen die Anklageschrift vorwirft. Die Tatsache aber, daß sich jemand fand, der diese Anklage erhob, genügte dem sogenannten „Gericht", sein Schuldig zu sprechen. Beispiel auf Beispiel folgt in der Darstellung dieses Prozesses und der Kritisierung dieses Urteils. Was keine Rechtsprechung der Welt kennt, die doppelte Verurteilung eines Angeklagten wegen desselben Verbrechens, — die sogenannte litauische „Rechtsprechung" kennt es. Angeklagte, die wegen kleiner Polizeivergehen im Memelgebiet bereits abgeurteilt waren, oft sogar mit verhältnismäßig harten Strafen, sind wegen dieser selben bereits abgebüßten Vergehen in Kauen erneut zu Zuchthausstrafen verurteilt worden.

Das Heft schließt mit der Feststellung: „Das Kownoer Kriegsgerichtsurteil ist ein Fanal an dem bedrohten politischen Himmel in Osteuropa, das die Situation schlagartig beleuchtet. Wie lange will man die Beunruhigung im Osten, die durch die Abenteurer- und Katastrophenpolitik der Litauer immer wieder hervorgerufen und durch das Bluturteil auf die Spitze getrieben worden ist, tatenlos zusehen? Es ist untragbar, daß eine unschuldige Bevölkerung zum Schacherobjekt der europäischen Politik gemacht wird. Man soll die Gefahr, in der sich Osteuropa befindet, nicht unterschätzen. Der Diktator Litauens ist nicht der litauische Staatspräsident, sondern der sowjetrussische Gesandte in Kowno!"

Die Kassationsklage

Von den 87 verurteilten Angeklagten haben 84 gegen das Urteil des Kauener Kriegsgerichtes Kassationsklage beim Obersten Gericht eingereicht. Nicht beteiligt an dieser Klage sind der Spitzel Molinnus, der sich ohnehin schon auf freiem Fuß befindet, der Verräter Kubbutat und ein anderer Verurteilter, dessen Strafe durch die Untersuchungshaft als verbüßt gilt. Eine Wiederaufrollung des Verfahrens ist mit der Kassationsklage nicht verbunden. Denn nach der litauischen Rechtspraxis sind Kassationsgründe nur Verletzungen der Gesetze bzw. unzutreffende Auslegungen der Gesetze, deren Vermeidung bei der Urteilsfindung ein anderes Urteil herbeiführen können. Die Kassationsklage richtet sich also nur gegen formale Mängel des vom Kriegsgericht gefällten Urteils. Wenn die Kassationsgründe vom Obersten Gericht als stichhaltig befunden werden, wird der Prozeß demselben Gericht in anderer Zusammensetzung noch einmal zur Urteilsfindung überwiesen, oder, falls der Kassationsgerichtshof die Anwendung irgendeines Paragraphen als ungerecht empfindet, wird der betreffende Paragraph mit seinen Folgen aus dem Urteil gestrichen, so daß automatisch die mit diesem Paragraphen verbundenen Strafen fortfallen.

Zunächst wird in der eingereichten Kassationsklage die Anwendung jenes Paragraphen beanstandet, der die „Vorbereitung eines bewaffneten Aufstandes" betrifft; denn weder ist der Nachweis erbracht worden für eine Bereitstellung militärischen Materials für einen Aufstand, noch sind die in dem betreffenden Paragraphen vorgesehenen Handlungen zur Beschaffung des Materials erfolgt. Dann wird die Heranziehung des Paragraphen beanstandet, der sich auf das Bestehen „geheimer Verschwörerorganisationen" bezieht; denn die beiden memelländischen Parteien, deren Mitglieder vor Gericht standen, waren vom Kommandanten genehmigte und gesetzlich registrierte Organisationen; wenn innerhalb dieser Parteien eine geheime Sonderverbindung bestanden hätte, dann hätte das den Angeklagten vom Gericht nachgewiesen werden müssen; davon aber ist im Urteil keine Rede, vielmehr werden dort die beiden legalen Parteien als solche als „geheim" bezeichnet. Ferner wird in der Kassationsklage auf den Mangel einer individuellen Beurteilung der Straftaten hingewiesen; es heißt nämlich im Urteil ganz allgemein, daß die Angeklagten Terrorakte verübt, loyale Bürger in Furcht versetzt, litauische Versammlungen gestört hätten usw., ohne daß im einzelnen angegeben wird, wann, wo, bei welcher Gelegenheit und in welcher Weise diese Straftaten begangen worden sein sollen. Weiter wird das Urteil auch deshalb angefochten, weil eine Reihe von Zeugen, die für die Verteidigung wesentlich waren, abgelehnt worden sind. Ferner wird es als unzulässig bezeichnet, daß das Gericht einerseits die Beziehungen einzelner Verurteilter zur NSDAP. im Reich ohne weiteres als einen Beweis staatsfeindlicher und umstürzlerischer Gesinnung angesprochen hat, andererseits aber eine Klarstellung der Ziele der NSDAP. und der SA. nicht zugelassen hat. Eine Erledigung der Kassationsklage ist, wie es heißt, erst im Laufe des Monats Juni zu erwarten. Die litauische Regierung will Zeit gewinnen.

Der Landtag zum 8. Male beschlußunfähig

Dem Memellandtag wird nach wie vor eine geordnete Beschlußfassung unmöglich gemacht. Am 16. April ist er zum achten Mal seit der unrechtmäßigen Absetzung des Direktoriums Schreiber beschlußunfähig gemacht worden. Von den 24 Abgeordneten waren nur 18 erschienen. Die fünf litauischen Abgeordneten sabotierten, wie stets, die Sitzung. Sie sind hierzu jederzeit in der Lage, seitdem der Gouverneur Navakas die Zahl der Abgeordneten im Widerspruch zu den geltenden Bestimmungen von 29 auf 24 herabgesetzt hat. Nachdem der Alterspräsident des Landtages, Hilpert, in der Sitzung vom 16. April die Beschlußunfähigkeit festgestellt hatte, verlas der Schriftführer Riechert ein an den neuen Gouverneur Kurkauskas gerichtetes Schreiben, in dem dieser aufgefordert wurde, die von seinem Vorgänger zerstörten Grundlagen der ordnungsmäßigen Arbeit des Landtages wiederherzustellen. Das Schreiben wurde von allen anwesenden Abgeordneten unterzeichnet.

Das nationaldemokratische Erbe

Es ist heute in Deutschland sehr viel vom Marschall Pilsudski die Rede. Man setzt Pilsudski gleich Polen, wie man Hitler gleich Deutschland setzt. Man nimmt an, daß eine Gleichung, die für Deutschland zutrifft, entsprechend auch für Polen gelte. Das ist nicht ganz richtig. Es trifft sicherlich zu, daß das heutige Polen keine andere Persönlichkeit aufzuweisen hat, die in gleichem Maße polnisches Wesen und Wollen ausdrückt, und die in ihrer inneren Kraft zum Symbol der polnischen Nation zu werden vermöchte. Aber man sollte sich davor hüten, die Verhältnisse anderer Staaten nach Maßstäben zu messen, die man auf Deutschland anzuwenden gewohnt ist. Vor allem aber sollte man nicht in den Fehler verfallen, neben der Ideologie der Legionen, deren Schöpfer und Mythus der Marschall ist, und deren Träger heute in Polen regieren, die Kräfte zu unterschätzen oder gar völlig zu übersehen, die neben den Legionären des Marschalls das politische Denken der polnischen Oeffentlichkeit noch in vielen Punkten bestimmen.

Seitdem sie im politischen Leben stehen, sind Pilsudski und Dmowski Gegner gewesen. Der Marschall ist Sieger geblieben. Der andere hat bei der praktischen Bewährungsprobe, die das wiedererstandene Polen von ihm verlangte, versagt. Dieses Versagen aber berechtigt nicht dazu, Dmowski in der Betrachtung der jüngsten polnischen Geschichte einfach zu übergehen. Man kommt, wenn man das tut, zu einer Vorstellung von Polen, welche für die, die mit diesem Staat politisch zu tun haben, verhängnisvoll sein kann. Die Bücher von Koitz („Männer um Pilsudski") und Friedrich Wilhelm von Oertzen („Alles oder nichts") können, indem sie Dmowski gleichsam als nicht vorhanden betrachten, bei den deutschen Lesern, die sonst über Polen nichts wissen, mehr schaden als nützen. Roman Dmowski war bis zur staatlichen Wiedergeburt Polens der maßgebende politische Denker des polnischen Volkes; das ist eine Tatsache, um die man bei aller Achtung vor dem Marschall nicht herumkommen wird. Und was einmal in einer politisch bedeutsamen Zeit das geistige Gesicht eines Volkes entscheidend mitbestimmt hat, wirkt irgendwie fort und verschwindet nicht von heute auf morgen. „Mehr als irgendein anderer", schreibt Erich Maschke in seiner Arbeit über Dmowski in der Zeitschrift „Osteuropa" (Heft 7, April 1934), „hat Dmowski die geistigen Grundlagen für das junge Bürgertum Polens gelegt. Ohne das Ideal, das er aufstellte, und ohne die preußische Zucht wider Willen wären die heutigen polnischen Westgebiete nicht das geworden, was sie für den jungen Staat geworden sind. Ohne seine Erkenntnisse und das Wirken seiner (nationaldemokratischen) Partei . . . gäbe es keine Schicht, die als Träger eines politischen Selbstbewußtseins das Ganze von Volk und Staat vertreten konnte. Pilsudski hat weder von der Sozialdemokratischen Partei noch von den Legionen her diese entscheidend wichtige Funktion im Leben eines Staates des 20. Jahrhunderts schaffen und ihre Träger hervorrufen können; wohl aber konnte er sie dann im neuen Staat an eine bestimmte Stelle weisen."

Der Staat der Legionäre wird erst dann volle Wirklichkeit sein, wenn es ihm gelungen sein wird, diese geistig tragende Schicht, die Dmowski geschaffen hat, auf seine Seite zu ziehen. Heute ist es noch lange nicht so weit. Heute steht das Bürgertum (die sog. „Intelligenz") zum größeren Teil noch in dem politischen Lager, dessen Tätigkeit es in der Hauptsache sein Dasein verdankt. Daß Roman Dmowski im polnischen Staate nur für wenige Monate eine verantwortliche Stelle bekleidet hat (als er im zweiten Kabinett Witos 1923 mit wenig Geschick die Rolle eines Außenministers zu spielen versuchte), daß er selber und seine Partei seit 1926 in eine immer aussichtslosere Opposition zurückgedrängt worden sind, das kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß sein politisches Denken auch heute noch im polnischen Leben einen nicht zu unterschätzenden Faktor darstellt, mit dem Deutschland um so mehr zu rechnen hat, als das hervorstechendste Kennzeichen dieses Faktors eine kompromißlose Deutschenfeindschaft ist. Pilsudskis Politik ist Tat, diejenige Dmowskis Literatur. „Aber der Geist, der aus literarischem Schaffen spricht, kann deshalb nicht minder eine politische Wirklichkeit sein. Eine solche Realität aber ist Roman Dmowski noch immer." Und in Deutschland wird man gut daran tun, das nicht zu übersehen.

Der Einfluß, den Dmowski heute noch auf Polen, ohne eine reale Macht in Händen zu haben, besitzt, beschränkt sich nicht allein auf die Kreise, die sich zur nationaldemokratischen Partei oder zu verwandten politischen Oppositionsgruppen bekennen, sondern er wirkt selbst in manchen, nicht eben unmaßgeblichen Teilen des Regierungsblocks fort. Wenn man die Nationaldemokratie übersieht und ihre Bedeutung nur danach bemißt, daß sie als Partei heute keinen Einfluß mehr auf die Staatsführung besitzt, wird man die polnische Wirklichkeit ganz bestimmt nicht richtig einschätzen. „Die machtpolitischen Ideen des neuen Polen, das unter der Hut des Marschalls Pilsudski emporwächst, sind . . . der geistigen Rüstkammer der Nationaldemokratie und Roman Dmowskis entnommen: die so lebhaft in Polen propagierte Meeresideologie, das Weltpolentum und die allpolnische Volkstumsarbeit, der Gedanke des starken Staates und der Großmacht und anderes mehr, sind ursprünglich nicht in der Welt des Sozialisten und Legionärs Pilsudski geprägt. Jetzt aber werden sie lebendige Inhalte des Staates, den der Soldat Pilsudski regiert . . ." Es war kein Nationaldemokrat, der den Hafen von Gdingen erbaute und damit das technische Kampfmittel zur Niederringung des deutschen Danzigs schuf, sondern Kwiatkowski, ein Minister des Marschalls, der den Wunsch der Nationaldemokraten erfüllte. Es ist kein Nationaldemokrat und kein Christlichsozialer, der mit einer Brutalität ohnegleichen die Entdeutschung der Industrie Ostoberschlesiens betreibt, sondern Grazynski, ein Wojewode des Pilsudski-Regimes, der sich die Verwirklichung dieses Planes der Oppositionellen mit besonderem Eifer angelegen sein läßt. Vielleicht wird die Nationaldemokratie als Partei bald aufgehört haben zu bestehen, aber ein wesentlicher Teil ihres politischen Denkens wird ihren Tod als Partei überdauern — als Erbe, das im Lager des Marschalls fortgepflegt und vielleicht erst dann in die Tat umgesetzt werden wird, wenn es sich mit der Kraft des von einem Soldaten geführten Staates vereinigt. Das Lager der Legionäre hat schon manches, was ursprünglich eine spezifisch nationaldemokratische Auffassung war, in sich aufgenommen. Diese Entwicklung wird wohl auch noch weiter andauern. Es kann daher nicht überflüssig sein, sich auch mit dem zu befassen, was Dmowski gelehrt hat, auch wenn der Mann selber keine Rolle mehr spielt. Deshalb ist es auch falsch, polnische Geschichte so zu betrachten, wie es in den erwähnten Büchern von Koitz und Friedrich Wilhelm von Oertzen geschieht.

Dr. K.

Deutschfeindliche Ausschreitungen in Polen

Die „Aufklärung", die in letzter Zeit vom Westverband und ähnlich eingestellten Organisationen in Polen über die deutsch-polnischen Beziehungen verbreitet worden ist, hat ihre Früchte gezeitigt: Tote und Verwundete legen Zeugnis ab von der „traditionellen Toleranz", über die die polnische Propagandaliteratur sich so gerne und ausgiebig zu verbreiten pflegt. Es ist nicht überflüssig, darauf hinzuweisen, daß die neue Hetzwelle, die Mitte März gegen Deutschland und die Deutschen in Polen einsetzte und deren Höhepunkte die blutigen Terrorakte in Ostoberschlesien und Pommerellen gewesen sind, zum Teil auch durch gewisse Tendenzen der Agitation des Polenbundes in Deutschland ausgelöst worden ist.

In Siemianowitz-Laurahütte ereigneten sich am 9. und 10. April, nachdem sich an den Tagen vorher schon verschiedene Gruppen polnischer Aufständischer

durch öffentliche Rüpeleien bemerkbar gemacht hatten, größere Krawalle. Mehreren Mitgliedern der Jungdeutschen Partei wurden auf der Straße die Parteiabzeichen abgerissen. Bei einem dieser von den politischen Freunden Grazynskis provozierten Zusammenstöße wurden fünf Beteiligte verletzt; der Deutsche Struzyna erhielt einen Messerstich in den Kopf.

Die Stadt Neustadt in Pommerellen und die Dörfer Klein-Katz, Kölln und Pollenschin wurden, nachdem der Westverband für die entsprechende Belehrung gesorgt hatte, zum Schauplatz eines wohlorganisierten Terrors. In Neustadt nahm die Jagd auf die Deutschen nach mehrtägiger vorbereitender Propaganda am 13. April mit einer vom Bürgermeister dieser Stadt im Namen des Regierungsblocks (!) einberufenen Versammlung ihren Anfang. In dieser Versammlung sprachen u. a. der Bürgermeister Bolduan, der in Danzig lebende Pole Weisner (!), der Nationaldemokrat Hirsch (!), der Rechtsanwalt Szczodrowski aus Gdingen und der Sejmabgeordnete Tebinka. Schon während der Ansprachen wurden Zwischenrufe laut, wie „Hängt die Deutschen!", „Fenstereinschmeißen genügt nicht!", „Wir wollen Blut sehen!", „Werft die Deutschen raus!" usw. Im Anschluß an die Versammlung bildete sich ein Demonstrationszug, der die Hauptstraßen der Stadt durchzog. In der ganzen Stadt blieben nur wenige der von Deutschen bewohnten Häuser verschont. An fast sämtlichen deutschen Läden und Privatwohnungen wurden die Fensterscheiben eingeworfen. Verschiedentlich wurde in die deutschen Wohnungen aus der Menge heraus geschossen. Das deutsche Jugendheim, die deutsche Schule und die Geschäftsstelle des Landbundes wurden demoliert; am evangelischen deutschen Friedhof wurde ein Stück der Umfassungsmauer eingerissen.

Die Unruhen in Neustadt dauerten auch am folgenden Tage noch an. Am 14. April verschafften sich z. T. bewaffnete polnische Gruppen mit Gewalt Zugang zu verschiedenen deutschen Wohnungen. Der deutsche Volksangehörige Ellwardt wurde von solch einem Polenhaufen festgenommen und eingesperrt. 25 Mann drangen in die Wohnung des Malermeisters Heinemann ein, durchwühlten sämtliche Zimmer und zerschlugen schließlich die Einrichtung. Tagsüber durchstreiften polnische Stoßtrupps die Straßen. Während den Uebungsstunden des evangelischen Kirchenchors wurden die Fenster des Uebungsraumes eingeworfen. Die Austrägerin der „Danziger Neuesten Nachrichten" wurde überfallen; die Zeitungen wurden zerrissen. Einer der deutschen Fortbildungsschüler, auf die es anscheinend besonders abgesehen war, wurde von einem der Stoßtrupps angefallen und mit Schlagringen und Fußtritten so lange mißhandelt, bis er bewußtlos liegen blieb.

Am 14. April wurden von Neustadt aus bewaffnete Rollkommandos der Jungschützen in die nähere und weitere Umgebung der Stadt in Bewegung gesetzt. Etwa 40 Mann auf zwei Lastkraftwagen mit verdeckten Nummern und in Begleitung eines Sanitätsautos (!) fuhren nach Kölln, Klein-Katz usw. In Kölln drang die polnische Horde in ein Gasthaus ein, in dem soeben eine deutsche Versammlung stattgefunden hatte. Der Redner der Versammlung, der Danziger Staatsangehörige Studienrat Dr. Hoffmann, und zwei örtliche Deutschtumsführer, die sich noch in der Wirtsstube aufhielten, wurden von den Polen mit den Fäusten mißhandelt, schließlich aber von der Polizei in Schutzhaft genommen. Die Polen drangen darauf gewaltsam in mehrere deutsche Wohnungen ein. Bei dem deutschen Besitzer Kalkowski schlugen sie 32 Fensterscheiben ein. Bei den deutschen Besitzern Leis und Reddies zertrümmerten sie Scheiben und Wohnungseinrichtung.

Am gleichen Tage unternahm dieselbe Terrorgruppe einen Ueberfall auf die Deutschen des Dorfes Klein-Katz. Im dortigen Gasthaus stießen sie auf den Besitzerssohn Fritz Groen aus Gdingen. Groen, der einer Auseinandersetzung ausweichen wollte, wurde von den Polen, denen ihre dutzendfache Ueberlegenheit Mut machte, mit Gewalt zurückgehalten, und als es ihm gelang, sich loszureißen, bis auf die Straße verfolgt. Dort stach die ganze Horde von allen Seiten auf den einzelnen Deutschen ein. Groen erhielt Messerstiche in Lunge, Unterleib, Arm und Hand. Als der 65 Jahre alte Vater des Ueberfallenen diesem zu Hilfe eilen wollte, wurde er von den fanatisierten polnischen Rohlingen durch einen Stich ins Rückgrat gleichfalls niedergestreckt. Da die deutschen Dorfbewohner mit Waffengewalt daran gehindert wurden, den Schwerverletzten Beistand zu leisten, mußten diese fast eine halbe Stunde, bis das polnische Terrorkommando wieder abgefahren war, hilflos in ihrem Blute auf der Straße liegen. Dann wurden sie sofort auf Danziger Staatsgebiet gebracht und in eine Zoppoter Klinik eingeliefert. Dort ist der junge Groen am folgenden Tage seinen Verletzungen erlegen. Sein Vater ist durch den Stich in die Wirbelsäule halbseitig gelähmt. Kurz nach dem Abtransport der beiden Verletzten kamen die polnischen Jungschützen noch einmal nach Klein-Katz zurück. Sie brachen in das Haus eines deutschen Besitzers ein, der sich der verwundeten Volksgenossen angenommen hatte, und verwüsteten dessen Wohnung. Schon vorher hatten sie den deutschen Besitzer Kühl, in dessen Scheune eine Versammlung stattfinden sollte, in seiner Wohnung überfallen und ihm mehrere Messerstiche im Gesicht beigebracht.

Aehnlich erging es einigen anderen deutschen Bauern; sie wurden von einem Haufen polnischer Leute heimgesucht, die die Fenster einschlugen, in die Wohnungen eindrangen und das Inventar kurz und klein schlugen. In Pollenschin überfielen mit Gewehren bewaffnete, uniformierte Mitglieder des Schützenverbandes eine Versammlung des Raiffeisenverbandes. In Eggertshütte (Kreis Karthaus) wurde eine Versammlung der Jungdeutschen Partei von ebensolchen Leuten gesprengt. In beiden Fällen wurden die Versammlungsleiter unter Drohungen gezwungen, eine Entschließung zu unterschreiben, in der für die Polen in Deutschland und Danzig „die gleichen Rechte" gefordert wurden, die die deutsche Minderheit in Polen besitzt!

Die Verwüstungen und Ueberfälle in Neustadt und in den benachbarten Dörfern gingen völlig planmäßig vor sich. Während bei den früher üblichen deutschfeindlichen Ausschreitungen in der Regel auch die Juden in Mitleidenschaft gezogen wurden, ist dieses Mal keinem Juden etwas geschehen. Unversehrt sind auch — und das ist bemerkenswert — die als Anhänger des klerikalen Senators Pant bekannten Leute geblieben. Als einer der Hauptheтzer ist der Nationaldemokrat Hirsch (!) festgestellt worden, ein Renegat, der sich früher einmal durch „vaterländische" Reden in deutschen Kriegervereinen hervorgetan hat. Eine besondere Rolle hat als Aufwiegler auch der aus Russisch-Polen stammende Jan Weisner (!) gespielt, der sich seit 1922 in Danzig aufhält und sich dort in Ermangelung eines geordneten Berufes als politischer Agitator betätigt. Die Erhitzung der Gemüter, die schließlich die blutigen Ausschreitungen erst möglich gemacht hat, ist durch einen systematischen Versammlungs- und Pressefeldzug erzeugt worden, dessen Träger nur z. T. die Nationaldemokraten gewesen sind. Auch politisch anders eingestellte Kreise haben sich ausgiebig an der Aufwiegelung der Oeffentlichkeit gegen die Deutschen beteiligt, so der Bürgermeister von Neustadt und sein Sekretär, dessen beide Söhne zu dem Mörderkommando von Klein-Katz gehört haben, ferner die Sokolführer usw.

Mit einer erstaunlichen Unverfrorenheit hat ein Teil der polnischen Presse die Neustädter Gewalttaten behandelt. So schrieb z. B. der nationaldemokratische „Kurier Poznanski": Von den polnischen Demonstranten seien nur „Revisionen" (!) bei einer Reihe von Deutschen vorgenommen worden; dabei seien ihnen Mitgliederlisten deutscher Organisationen, „polenfeindliche" Bücher und dergleichen in die Hände gefallen; das ganze „beschlagnahmte Material" hätten sie der Polizei übergeben. Also „Revisionen" sind das, wenn Fensterscheiben eingeschmissen, Wohnungseinrichtungen zertrümmert und Angehörige der deutschen Volksgruppe niedergeschlagen und ermordet werden. Es wäre interessant zu erfahren, wie Jan Kaczmarek vom Polenbund die Neustädter Ereignisse bezeichnet, und ob der Mord an Fritz Groen auch zu den Dingen gehört, die ihn und seinesgleichen zu der ständig

wiederholten Feststellung veranlassen, daß es den Deutschen in Polen ganz ohne Zweifel besser gehe als den Polen in Deutschland. Die „Gazeta Gdanska", die dem diplomatischen Vertreter Polens in Danzig nicht allzu fern steht, nannte die Empörung, die die Danziger Bevölkerung über die blutige Deutschenverfolgung dicht vor der Freistaatsgrenze erfaßt hatte, „einen Sturm im Wasserglase". Wenn ein Deutscher ermordet wird, dann ist das für dieses Polenorgan eine Belanglosigkeit; wenn aber ein edler Pole einmal schief angeguckt wird, dann winselt es wie ein geprügelter Hund.

Recht lehrreich war das Verhalten der polnischen Behörden. Das erste und wichtigste, was sie zu tun wußten, war die Beschlagnahme der deutschen Zeitungen, die über die Vorfälle berichtet hatten. Dann erfolgte eine amtliche Darstellung, die das Wesentlichste verschwieg: der Mord an Fritz Groen und die übrigen Gewalttaten in Klein-Katz, Kölln usw. wurden mit keinem Worte erwähnt. Und obendrein machte die amtliche Mitteilung sogar den Versuch, die Ausschreitungen zu entschuldigen, indem sie die eigentliche Schuld den Deutschen zuschob, die die polnische Bevölkerung angeblich dadurch „provoziert" haben sollen, daß sie mit ihrer Volkstumspropaganda in die „nichtdeutschen" Bevölkerungsschichten Nordpommerellens einzudringen bestrebt sind. Es ist festzustellen, daß die deutschen Organisationen gar nicht daran denken, in wirklich polnischen Kreisen deutsche Propaganda zu treiben. Es ist lediglich Tatsache, daß das allgemein erstarkende deutsche Volksbewußtsein auch die Bevölkerungsteile wieder mit nationalem Leben erfüllt, die sich früher mehr oder weniger vom deutschen Organisationswesen ferngehalten haben, und die die Polen daher irrtümlicherweise meinten, schon auf ihr nationales Konto buchen zu können.

Das Dritte, was die polnischen Behörden in dieser Angelegenheit unternahmen, war, daß sie eine Untersuchung einleiteten. Es wurden auch, wie die polnische Presse gelegentlich mitteilte, vier Leute verhaftet. Sie sind jedoch wieder freigelassen worden. Der Eifer, die Schuldigen zu finden und der verdienten Strafe zuzuführen, scheint nicht allzu groß zu sein. Mehr Eifer wird auf eine andere Sache verwandt, die unter Berücksichtigung der zeitlichen Umstände wie ein mit Vorbedacht eingeleitetes Ablenkungsmanöver anmutet. In Kempen im südlichen Posen wurden in letzter Zeit mehrere Deutsche verhaftet. Die polnische Presse, besonders diejenige des Regierungslagers, macht ihnen „staatsfeindliches Verhalten" zum Vorwurf. Die offiziöse „Gazeta Polska" spricht von „staatsschädigender Agitation"; der regierungstreue „Kurjer Poranny" berichtet in großer Aufmachung über die angebliche Illoyalität der Deutschen schlechthin; der nationaldemokratische „Kurjer Poznanski" phantasiert sogar von einer deutschen Irredenta in Posen und Pommerellen, und das regierungsfreundliche Militärblatt, die „Polska Zbrojna", fordert ein schärferes Vorgehen gegen den als „staatsgefährlich" hingestellten deutschen Industriebesitz in Ostoberschlesien. Es ist kaum anzunehmen, daß dieser allenthalben aufflackernde Pressekampf gegen das Deutschtum in Polen ein bloßer Zufall ist. Man wird gut daran tun, die Neustädter Ereignisse, das Verhalten der polnischen Presse und die Stellungnahme des polnischen Außenministers in Genf im Zusammenhang miteinander zu betrachten.

Die Organisation der polnischen Jugend

Das Bild der Jugendorganisationen des polnischen Staates ist aus einer Reihe von Gründen sehr unübersichtlich. Die Gründe hierfür sind die innere politische Uneinheitlichkeit, Beschränkungen gesetzlicher Art, das erst ganz allmählich einsetzende Besinnen der Jugend auf sich selbst und ihre Zukunftsaufgaben. Doch gewinnt die Erkenntnis an Boden, daß die ältere Generation anfängt, den Aufgaben der Zukunft gegenüber zu versagen. Immerhin kann man bis jetzt nur wenige der polnischen Jugendorganisationen als politisch bezeichnen.

Freilich hat eine Reihe von Organisationen politische Tradition. Das waren in erster Linie die, die noch in der Zeit der Staatenlosigkeit um die nationale Befreiung gekämpft hatten. Hier sind zu nennen der „Sokol" („Falke"), der ja auch in anderen slawischen Ländern besteht, und die Schützenbünde „Strzelec". Als sie ihr Teil, und zwar ein nicht unerhebliches Teil, zur nationalen Befreiung beigetragen hatten, verloren sie an Bedeutung. Neue Probleme innerpolitischer und weltanschaulicher Art, die früher restlos hinter dem nationalen Gedanken zurückgetreten waren, tauchten auf und drängten gerade in der Periode staatlicher Neuentwicklung auf eine Lösung hin, die von diesen Organisationen nicht kam.

In den ersten Jahren des neuerstandenen polnischen Staates gab es weder eine politische Orientierung der Jugend noch irgendwelche Organisationen. Es gab höchstens „Jugendgruppen" von Parteien aller Art, die man „wohlwollend" protegierte. Eine Ausnahme machten die marxistischen Parteien, die nach den Richtlinien ihrer internationalen Organisationen handelten und eine konsequente Jugendarbeit versuchten. Allerdings ist der Marxismus mehrheitssozialistischer Prägung, der in Polen zumeist betont national war, aufgerieben. Die Kommunisten, obwohl illegal, haben einige Ansätze gemacht, die besonders durch jüdische Gruppen (man muß nicht vergessen, daß Polen über 10 v. H. Juden hat) und durch die Ukrainer verstärkt werden.

Auch die katholische Kirche, die ja fast Staatskirche in Polen ist, hat natürlich ihre Jugendorganisationen. Da sie aber in Opposition zum heutigen Polen steht und auf die polnische Rechtsopposition maßgebenden Einfluß ausübt, spielt auch die Politik (wohlgemerkt im Sinne von Parteipolitik) in diesen Organisationen eine Rolle.

Außer den rein kirchlichen Organisationen ist weiter die „Vereinigung der polnischen Jugend" zu nennen, die zahlenmäßig wohl die größte Jugendorganisation ist (etwa 200 000 Mitglieder). Sie hat in Dorf und Stadt Fuß gefaßt, ihre Mitglieder treiben Sport und kommen zu belehrenden Kursen und kameradschaftlichen Zusammenkünften zusammen, alles in zwangloser Art ohne besondere Disziplin.

Auf der Rechten standen noch die in scharfer Opposition zur Regierung befindlichen „Obozy" (etwa Heerlager), die sehr straff organisiert waren und sich hauptsächlich aus akademischer Jugend — besonders in Westpolen — zusammensetzten. Sie sind vom Staat aufgelöst und verboten. Wohl ziemlich stark sind auch die rechtsoppositionellen akademischen Gliederungen mannigfacher Art. Alle diese Gruppen, einschließlich der kirchlichen, sind scharf antisemitisch und antifreimaurerisch eingestellt und in allen politischen Fragen im Schlepptau der alten Konservationen.

Groß ist auch die Zahl der jungbäuerlichen Organisationen. Früher hatten die einzelnen Bauernparteien — es gab gemäßigte und radikale — Jugendorganisationen. Heute gibt es eine an und für sich unpolitische Jungbauernorganisation „Mloda Wies" („Junges Dorf"), auf die die Regierung in letzter Zeit Einfluß genommen hat (50 000 bis 75 000 Mitglieder). Unpolitisch sind auch die „Scouts", die in einigen Städten Gefolgschaft haben, dem internationalen Büro angehören, sonst aber auch über starke Bindungen zur katholischen Kirche verfügen.

Den Versuch, politische Jugend heranzuziehen und ihr eigene Aufgaben zuzuweisen, machten — wohl unter Berücksichtigung Italiens und Deutschlands! — die Regierungen Pilsudskis erst ziemlich spät, vor etwa drei Jahren, aus Sorge um Nachwuchs. Aufbauend auf der Tradition der Legionen, der Pilsudski-Truppe, nannte sich die geschaffene Organisation „Legion der Jungen". Diese Gruppe hat sich in einem Zustand fortgesetzter Gärung befunden; zu einer vollen Klärung ihres Wollens ist es nicht gekommen; auch zahlenmäßig ist sie nicht allzu groß (etwa 20 000 bis 30 000). Sie leidet vor allem darunter, daß sich ein großer Teil ihrer Mitglieder nur mit Rücksicht auf die spätere

Protektion zu ihr gefunden hat. Die Legion hat auch die ersten Arbeitslager nach deutschem Muster eingerichtet.

Die Legion der Jungen hatte in der Zeit der Regierung Kozlowski eine ziemlich schroffe Schwenkung nach links gemacht. Mehr und mehr war sie in Gegensatz zu den konservativen Kreisen des Regierungslagers geraten. Im letzten Jahre hat es wiederholt scharfe Auseinandersetzungen zwischen dem Wilnaer „Slowo" und dem Krakauer „Czas" auf der einen und den Führern der Legion auf der anderen Seite gegeben. Als vor kurzem mit der Regierungsübernahme durch Oberst Slawek das Steuer im Sanierungslager wieder nach rechts herumgelegt wurde, änderte sich die Situation zum Nachteil der linksradikalen Regierungsjugend. Zunächst wurden die bis dahin gezahlten Regierungsgelder für die Legion gesperrt; und schließlich zog sich auch eine ganze Reihe führender Regierungsblockmitglieder, die bisher dem Seniorenkreis der Legion angehört hatten, zurück, weil sie sich mit deren politischen Wegen nicht mehr einverstanden erklären konnten. Sie erklärten in einem an die Führung der Organisation gerichteten Schreiben, daß diese die ihr gestellten erzieherischen Aufgaben nicht erfüllt habe und von den aufgestellten moralischen und ideellen Grundsätzen allzu weit abgewichen sei. Wie die Polnische Telegraphen-Agentur mitteilt, wird die „Legion Mlodych" aufgelöst werden. Der Regierungsblock wird damit seine bisher aktivste Jugendorganisation verlieren. In welcher Form ein neuer jugendlicher Unterbau für den Block geschaffen werden soll, ist noch nicht bekannt.

Der Staat hat sich schon vor Jahren als Pflichtorganisation die „Kurse" vormilitärischer Ausbildung" eingeführt, die in gewisser Beziehung politisch für das System Pilsudskis wirken, wie überhaupt die reguläre Armee-Ausbildung, denn die Armee ist das Werk und Werkzeug Pilsudskis und seiner Politik

Ostland-Chronik

Das amtliche Volkstagswahlergebnis in Danzig

Der Wahlausschuß für die Danziger Volkstagswahl 1935 hat am 15. April das amtliche Ergebnis der Wahlen festgestellt. Er kam zu folgendem Ergebnis:

Wahlberechtigte	237 165
Abgegebene Wahlscheine	13 750
Abgegebene Stimmen	236 832
Davon gültig	235 062
Ungültig	1 770

Davon erhielten:

	Stimmen:	Mandate:
NSDAP.	139 423	43
SPD.	37 729	12
Kommunisten	7 016	2
Zentrum	31 522	10
Liste Weise	9 805	3
Liste Pietsch	372	—
Polen	8 294	2

Die Sozialdemokraten und Kommunisten waren Listenverbindung eingegangen, ebenso Zentrum und Liste Weise und Liste Weise und Liste Pietsch. Der Wahlausschuß stellte fest, daß in keinem Wahlbezirk öffentlich gewählt worden ist. Er wies die Einsprüche von Sozialdemokraten und Zentrum in dieser Richtung zurück. Eine Reihe von Stimmen, die von einzelnen Wahlvorstehern fälschlich für ungültig erklärt worden waren, sind bei der genauen Nachprüfung als gültig befunden worden. Einige kleinere Einsprüche ändern an dem Wahlresultat nichts.

Gastspiel der Breslauer Singakademie in Warschau

Am Gründonnerstag trat die Breslauer Singakademie mit der Aufführung der Matthäus-Passion von Johann Sebastian Bach zum erstenmal vor die polnische Oeffentlichkeit. Das deutsche Gastspiel in der Warschauer Philharmonie fand im musikverständigen Publikum der polnischen Hauptstadt den stärksten Anklang. Der Abend war, wie die polnische Presse bestätigte, ein voller Erfolg.

100 Jahre Jarotschiner evangelische Kirchengemeinde

Die evangelische Kirchengemeinde Jarotschin in Posen gedenkt am 12. Mai d. Js. ihr 100-jähriges Bestehen zu feiern. Die klein gewordene Gemeinde, die einst über 4000 Seelen zählte (jetzt sind es 400, früher in der Stadt allein über 300, jetzt 100 Seelen), hat ihr möglichstes getan, um das Fest würdig auszugestalten. Das Innere der Kirche hat einen vollständig neuen Anstrich erhalten, insbesondere wurde der Altarraum künstlerisch neu gestaltet, die Kirche ist mit elektrischer Beleuchtung versehen, schon in den Vorjahren hat die Gemeinde zwei neue Glocken angeschafft und die Orgelprospektpfeifen ergänzt. Die durch Steinwürfe arg beschädigten bunten Glasfenster sind aus einem Vermächtnis von Fräulein Emma Wolff-Jarotschin in ihrer alten Gestalt wiederhergestellt worden. Die ganze Gemeinde hat zu den erheblichen Kosten dieser Instandsetzung freiwillig und freudig beigesteuert. Kleinere Kreise der Gemeinde werden zu dem Jubiläum noch besondere Gaben spenden, so die Frauenhilfe eine neue Altarbekleidung, der Bibelstundenkreis eine Altarbibel, die Jungmädchenschar das Lesepult für die Lesegottesdienste, die Konfirmanden ein Altarkreuz für die „Winterkirche", die Kindergottesdienstschar Kruzifixe für die beiden Sakristeien.

Da Tausende der früheren Gemeindeglieder jetzt in Deutschland wohnen, wendet sich die Kirchengemeinde Jarotschin an sie mit der Bitte, nach Möglichkeit persönlich an der Feier in der alten Heimat teilzunehmen. Sie werden herzlich willkommen sein, und die Gemeinde wird, soweit es in ihren Kräften steht, freudig Gastfreundschaft üben. Vorherige Anmeldung ist erwünscht. Sollte einer oder der andere die Absicht haben, für die Instandsetzung der Kirche sein Scherflein beizusteuern, so wird er gebeten, die Gabe auf das Konto 63704/25 bei der Dresdner Bank, Berlin, Französische Straße, mit der Bezeichnung „Für das Kirchenjubiläum Jarocin" einzuzahlen. Auch die kleinste Gabe ist willkommen.

Kein Redenberg mehr

Der Name des Grafen Reden, des Schöpfers des oberschlesischen Bergbaues, wurde aus der Geschichte der Stadt Königshütte gestrichen. Bei der Umbenennung von 21 Straßen und Plätzen, die, wie man sich ausdrückte, nicht echt polnische Bezeichnungen haben, hat man auch den „Redenberg" in „Gora Wyzwolenia" umbenannt. Die polnische Verwaltung der Stadt macht also nicht Halt vor dem Manne, dem Oberschlesien seinen Bergbau und damit seinen Aufschwung zu verdanken hat. Sie hat wohl den Berg umbenannt, aber der Name des Grafen Reden wird im Volke weiterleben.

Ein Hetzer verurteilt

Wie der „Danziger Vorposten" berichtete, äußerte sich ein Pole, der sich seit Jahren in Danzig herumtreibt, in der Städtischen Lesehalle Danziger Arbeitslosen gegenüber in der unflätigsten Weise über die Deutschenmißhandlungen im Kreise Neustadt. Zu einem der Danziger Arbeiter sagte er: „Wenn ich in Pommerellen gewesen wäre, hätte ich noch ganz anders mit den deutschen Schweinen verfahren. Man müßte sie fesseln und einzeln auseinanderreißen." Zu einem anderen Danziger sagte er: „Wenn ich in Klein-Katz gewesen wäre, hätte ich einen Browning genommen und die deutschen Schweine erschossen. Ich hätte es noch viel besser gemacht. Es ist gut, daß diese Schweine vom Erdboden verschwinden." Die Danziger Arbeiter taten dem Polen nicht den Gefallen, auf seine unverschämten Provokationen einzugehen; sondern sie holten die Polizei, die den Ceslaw Trzynski festnahm und dem Schnellrichter übergab. Dort wollte der Pole, der sich vorher mit den Danziger Arbeitern sehr gut deutsch unterhalten hatte, auf einmal kein Deutsch mehr verstehen. Er wurde zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Deutsche Ostmesse vom 18. bis 21. August

Die 23. Deutsche Ostmesse findet in der Zeit vom 18. bis 21. August 1935 auf dem Königsberger Messegelände statt. Wie mitgeteilt wird, bleibt die bisherige Gliederung nach Warenmustermesse, Technischer und Baumesse, Landwirtschaftsausstellung, Handwerksausstellung sowie Sonderschauen beibehalten.

Ostsemester 1935

Die Deutsche Studentenschaft bereitete in Verbindung mit dem Reichsstudentenwerk und den zuständigen amtlichen Stellen eine erneute Werbeaktion für die Hochschulen im deutschen Osten vor. Man beabsichtigt, das Ostsemester im Jahre 1935 noch mehr als in den vergangenen Jahren zu propagieren und richtet einen Appell an die Studierenden, sich längere Zeit in Königsberg, Danzig oder Breslau aufzuhalten. Von der Einführung eines Pflichtsemesters an einer Ostuniversität wird jedoch abgesehen, da man hofft, daß der Appell an die Freiwilligkeit der Studenten genügen wird. Die Reichsbahn ihrerseits ist ersucht worden, durch Gewährung von 75 Prozent Fahrpreisermäßigung den Besuch der Ostuniversitäten den Studierenden zu erleichtern. Für besonders bedürftige Studenten ist seitens des Reichsstudentenwerkes eine Oststudienhilfe eingerichtet worden. Sie soll bewährten und befähigten Studenten und Studentinnen den Besuch einer Osthochschule durch Gewährung von Zuschüssen, Fahrbeihilfen und sonstigen Unterstützungen ermöglichen. Es handelt sich dabei allerdings zunächst nur um einmalige Zuweisungen an Studenten, deren politische und wissenschaftliche Eignung eine öffentliche Förderung rechtfertigt. Den Studenten jedoch, die sich verpflichten, zwei und mehrere Semester an einer Ostuniversität zu studieren und auch während der Semesterferien an den studentischen Aufgaben im Osten des Reiches teilzunehmen, z. B. durch Mitarbeit im Landdienst usw., wird unter Umständen vom dritten Semester ab eine laufende Unterstützung gewährt werden.

Ostmarkdienst deutscher Studenten

Am 26. Februar erfolgte zum dritten Male der Einsatz des Ostmarkdienstes Deutscher Studenten. Insgesamt haben sich 28 Hochschüler gemeldet. Sie sind zunächst in einem Schulungslager in Fliegerhorst bei Frankfurt (Oder) für ihre Tätigkeit vorbereitet und dann auf die einzelnen Kreise der Ostmark verteilt worden. In jedem Kreis arbeiten zwei Mann und stellen volkswirtschaftliche Erhebungen an. Sie untersuchen die Beziehungen zwischen Stadt und Land, die Absatzmöglichkeiten landwirtschaftlicher Produkte, die soziale Schichtung der Einwohnerschaft, die Lebensverhältnisse der Handwerker und Kleingewerbetreibenden, die Frage der Zu- und Abwanderung u. a. m. Zur Erleichterung der Arbeit, und um eine einheitliche Norm zu halten, werden Fragebogen zugrunde gelegt, die alle Gebiete des wirtschaftlichen Lebens umfassen. Vom 20. bis 23. März wurde dann in einer Schlußtagung das gesammelte Material gesichtet und die Ergebnisse besprochen, um dann wissenschaftlich ausgewertet werden zu können.

Die natürliche Bevölkerungsbewegung in Polen i. J. 1934

Nach den Angaben des Warschauer Statistischen Hauptamtes hat der natürliche Zuwachs der Bevölkerung Polens im Jahre 1934 401 931 Personen betragen, wovon 176 488 auf die mittelpolnischen Wojewodschaften entfallen, 77 800 auf die östlichen, 55 605 auf die westlichen und 92 038 auf die südlichen Wojewodschaften. Die durchschnittliche natürliche Zunahme auf 1000 Einwohner betrug 12,1, den höchsten Zuwachs, nämlich 13,4, wiesen die östlichen Wojewodschaften auf. Die Zunahme der Bevölkerung nach Bekenntnissen ergab folgendes Bild: Das römisch-katholische Bekenntnis: 269 387 Personen (12,8 pro Tausend Einwohner), das griechisch-katholische Bekenntnis: 35 678 (10,1), das orthodoxe Bekenntnis: 56 103 (13,6), das evangelische Bekenntnis: 5267 (6,1), das mosaische Bekenntnis: 32 352 (10,4), sowie die anderen Bekenntnisse: 3144 Personen.

Der „Polnische Verband“

Wie der nationaldemokratische „Dziennik Bydgoski“ vor einiger Zeit meldete, ist unter dem Namen „Verband zur Förderung des polnischen Besitzstandes“ (Zwiazek Popierania Polskiego Stanu Posiadania) eine neue Volkstumsorganisation gegründet worden. Bei der Gründung hat das Posener Wojewodschaftsamt Hilfestellung geleistet. Der Leiter des Verbandes ist der bekannte Kasimir Kierski, einer der heftigsten Vorkämpfer der gewaltsamen Entdeutschung der polnischen Westgebiete, was den Charakter dieser neuen Gründung einigermaßen kennzeichnen dürfte. Nach den Angaben des erwähnten Bromberger Blattes hat der „Polnische Verband“ den Zweck, „die Anstrengungen der polnischen Bevölkerung auf die Förderung und Verteidigung des polnischen Besitzstandes auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiete zu sammeln. Der Verein strebt nach diesem Ziele in erster Linie durch Aufklärung und Organisierung der polnischen Bevölkerung auf den oben genannten Gebieten wie auch durch Förderung der bestehenden polnischen Stellen und Arbeitswerkstätten sowie durch die Initiative bei der Schaffung von neuen Stellen“. Weiter heißt es im „Dziennik Bydgoski“: „Zur Organisierung der Verteidigungsaktion bittet der Verband um aktive Hilfe, um den Beitritt als Mitglied, um Unterstützung mit materiellen Mitteln sowie um Zurverfügungstellung von genauen Informationen über Gefahren, die dem polnischen Besitzstande in den Posenschen Städten drohen. Der Verband interessiert sich auch für Möglichkeiten der Erweiterung und Verstärkung der polnischen wirtschaftlichen Stellen hauptsächlich in den an Großpolen grenzenden Wojewodschaften. Der Tätigkeitsbereich des Verbandes ist die ganze Republik mit Ausnahme der Wojewodschaften Lemberg und Tarnopol.“

Ein Bernsteinwerk im Memelgebiet?

Nachdem Deutschland die Bernsteingewinnung und -verarbeitung wieder in größerem Umfange aufgenommen hat, kommt Litauen nunmehr auf den Gedanken, sich künftig selbst mit Bernstein zu versorgen. 1934 führte Litauen noch 2,7 To. Rohbernstein im Werte von 62 800 Lit aus Deutschland ein. Die Bernsteinbearbeitung in Memel und Polangen soll nunmehr durch eigene Bernsteingewinnung gesichert werden. Litauische Zeitungen berichten, daß der Memeler Hafendirektion ein Gesuch um Erteilung einer Konzession zur Errichtung eines Bernsteinwerkes am Kurischen Haff eingereicht sei. Interessiert an der Bernsteingewinnung soll eine Londoner Firma sein, die größere Kapitalien für die Anlage eines Bernsteinwerkes in der Nähe von Schwarzort bereitstellen will. Die Memeler Hafendirektion befürwortet unter Zubilligung eines Aufsichtsrechtes das Gesuch, das zur Entscheidung dem litauischen Finanzministerium vorliegt.

Das Ende der litauischen Oper in Memel

Vor mehreren Jahren wurde von litauischer Seite immer wieder und wieder eine litauische Oper in Memel gefordert. Angeblich sprachen nationale Bedürfnisse für diese Oper, die dann endlich auch mit recht erheblichen Mitteln ins Leben gerufen wurde und nach Kräften bemüht war, dem deutschen Theater im deutschen Memel Konkurrenz zu machen. Der Unsinn dieser litauischen Oper stellte sich jedoch sehr bald heraus. Die Zahl der litauisch sprechenden Theaterbesucher reichte bei weitem nicht aus, um das Institut zu halten, und während das deutsche Theater trotz aller Schikanen sich tapfer durchsetzte, führte die litauische Oper ein Scheindasein, so daß man sich jetzt zur Schließung gezwungen sah. Ein neuer Beweis dafür, daß die Kultur des Memellandes trotz aller Unterdrückungsversuche stets deutsch geblieben ist.

Die memelländischen Bäder

Für Reisende, die aus Deutschland nach den memelländischen Bädern fahren, haben die zuständigen deutschen Stellen wieder dieselben Erleichterungen für die Mitnahme von Zahlungsmitteln wie im vergangenen Jahre geschaffen. Danach dürfen Personen, die ihren ständigen Wohnsitz im Deutschen Reich haben, und von Ostpreußen aus auf dem See- und Haffwege nach den memelländischen Bädern fahren, je Person und Monat 200 Reichsmark in Hartgeld, jedoch nicht in Reichsmarknoten, mitführen. Diese Regelung gilt nur für den Schiffsverkehr, jedoch nicht für den Eisenbahn- und Landstraßenverkehr, mit Ausnahme der Straße von Rossitten nach Nidden.

Weltkongreß der Auslandslitauer

Nachdem im vorigen Jahre ein Weltkongreß der Auslandspolen stattgefunden hat, fühlt sich auch Litauen veranlaßt, einen „Weltkongreß der Auslandslitauer“ in Kauen einzuberufen. Wie nunmehr endgültig festzustehen scheint, soll diese von dem Verein zur Unterstützung der Litauer im Auslande angesetzte Tagung vom 11. bis 17. August d. J. stattfinden. Von je 1000 organisierten Auslandslitauern soll je ein Vertreter entsandt werden. U. a. soll anläßlich dieser Tagung die Frage der Gründung eines „Weltverbandes der Litauer“ erörtert werden.

Die Verfassung vom 23. April

Am 23. April hat der Staatspräsident Moscicki die neue polnische Verfassung unterschrieben. Vor dem alten königlichen Schloß marschierten Ehrenkompagnien verschiedener Regimenter und Abordnungen mehrerer Wehrverbände des Regierungslagers auf. 101 Salutschüsse begrüßten die neue Verfassung. Straßen und Plätze waren mit Fahnen geschmückt. Die ganze Regierung unter Führung des Ministerpräsidenten Oberst Slawek war zu der feierlichen Veranstaltung erschienen; nur der Marschall fehlte. Die Sanierungspartei triumphierte, die Opposition verhielt sich schweigend.

Mit dem Inkrafttreten der Verfassung ist der Neubau des Staates noch nicht zum Abschluß gekommen. Denn die Verfassung selbst läßt einige wesentliche Fragen noch ungelöst. Vor allem ist die Frage der künftigen Zusammensetzung der beiden gesetzgebenden Körperschaften, des Sejms und des Senates, noch nicht beantwortet worden. Erst die Zusammensetzung dieser beiden Körperschaften wird darüber entscheiden, wer in Polen in Zukunft das Heft in der Hand haben wird. Daß das nicht die heutigen Oppositionsgruppen sein werden, das stand allerdings von vornherein fest. Nur hat die Frage, wie den heute regierenden Kreisen auf gesetzlichem Wege die völlige Beherrschung der parlamentarischen Körperschaften gesichert werden kann, viel Schwierigkeiten bereitet. Wie wird in Zukunft gewählt? Diese entscheidende Frage ist in letzter Zeit von einem Dreierausschuß geprüft worden.

Die Wahlordnung, die der Ausschuß fertiggestellt hat und über die Mitte Mai Sejm und Senat beschließen sollen, stellt, soweit bisher bekannt ist, einen völligen Bruch mit dem bisherigen Parteisystem dar. Während bisher die Parteien die Kandidaten für die Wahl bestimmt haben, soll in Zukunft für jeden Wahlbezirk ein besonderes Gremium gebildet werden, das sich aus Vertretern der Selbstverwaltung, der großen Wirtschafts- und Sozialverbände sowie Institutionen des öffentlichen Rechts zusammensetzen und — nach ständischen Gesichtspunkten — die Kandidaten aufstellen wird. Da sich nun die betreffenden Verbände und Institutionen durchweg in den Händen von Regierungsanhängern befinden, haben die heutigen oppositionellen Kreise kaum noch Aussicht, bei den Wahlen zum Zuge zu kommen; denn das die Kandidaten bestimmende Gremium wird voraussichtlich mit besonderer Sorgfalt auch die „politische Zuverlässigkeit" der Kandidaten untersuchen. Auch Angehörige der fremden Volksgruppen werden unter diesen Umständen im Sejm und Senat nicht mehr vertreten sein. Von dem ursprünglich geplanten Einmandatssystem ist man abgegangen. Bemerkenswert ist, daß die Städte hinsichtlich ihrer parlamentarischen Vertretung gegenüber dem flachen Lande bevorzugt werden sollen. Die Zahl der Abgeordneten im Sejm soll von bisher 444 auf 300 herabgesetzt werden. Die Zahl der zum Sejm Wahlberechtigten wird etwa 14 Millionen betragen. Zum Senat dagegen soll der Grundsatz der allgemeinen und gleichen Wahl nicht gelten. Man rechnet mit etwa 1 Million Wahlberechtigter zum Senat. Und zwar soll das Wahlrecht an einen bestimmten Bildungsgrad der Wähler sowie der Kandidaten geknüpft und zudem in verschiedene Einflußgruppen abgestuft werden. Ueberdies wird, wie bereits in der Verfassung selbst festgelegt worden ist, ein Drittel der Senatoren vom Präsidenten der Republik ernannt.

Die Staatliche Akademie für praktische Medizin in Danzig

Der Senat der Freien Stadt Danzig hatte bereits Anfang Dezember 1934 die Gründung einer Staatlichen Akademie für praktische Medizin beschlossen. Sie ist am 13. April d. Js. im historischen Artushof in feierlicher Form eröffnet worden. Am nächstfolgenden Werktage, dem 15. April, begann das erste Semester der Akademie. Zu ihrem Leiter wurde der Danziger Senator für Gesundheitswesen und Bevölkerungspolitik, Landesmedizinalrat Professor Dr. Kluck, ernannt. Staatsrat Albert Forster, Danzigs Gauleiter, ist der Protektor der Akademie. Zum Kuratorium gehören u. a. als Vorsitzender der Präsident des Senats, Arthur Greiser, und als stellvertretender Vorsitzender der Senator für Volksbildung, Wissenschaft, Kunst und Kirchenwesen, Boeck. Generalsekretär ist Professor Dr. med. habil. Büngeler. Die Akademie verfügt als Lehrer über 12 hervorragende Fachkräfte.

Das Ziel der Akademie geht dahin, dem Arzt und dem Studierenden der Medizin eine Möglichkeit zu gründlicher praktischer Ausbildung zu geben. Der Besuch der Akademie, der für Medizinstudierende frühestens vom 3. klinischen Semester ab empfohlen wird, setzt voraus, daß nach vollständig bestandener ärztlicher Vorprüfung bereits die einführenden Vorlesungen an einer medizinischen Fakultät des Reiches gehört wurden (Einführung in die innere Medizin, Chirurgie, Gynäkologie, allgemeine Pathologie). Sie sind aus grundsätzlichen Erwägungen nicht im Danziger Lehrplan vertreten. Den größten Raum darin nehmen die praktischen Uebungen am Krankenbett sowie die praktischen Kurse an den Instituten ein. Um eine möglichst eingehende Belehrung in engster Fühlung mit den Kranken (am Krankenbett, in der Poliklinik und der Beratungsstelle) durchführen zu können, werden die Teilnehmer an den praktischen Uebungen und Kursen abwechselnd auf die einzelnen Kliniken verteilt, in denen sie unter Anleitung und Aufsicht halb- oder ganztätig arbeiten können. In der Frauenklinik ist außerdem ein Internat bis zu 4 Wochen Dauer vorgesehen, in dem sich der Arzt und Student an allen Aufgaben der Geburtshilfe und Gynäkologie, einschließlich der Tätigkeit in den verschiedenen Beratungsstellen, praktisch beteiligen. Eine ähnliche Gestaltung hat der Lehrplan in den anderen Fächern erhalten. In der inneren Medizin ist dem Arzt und Studierenden die Möglichkeit gegeben, neben dem Besuch der Klinik und der verschiedenen Spezialkurse an den klinischen Visiten teilzunehmen sowie halb- oder ganztätig auf einer Station praktisch zu arbeiten. In ähnlicher Weise wird die Ausbildung in der Kinderheilkunde durchgeführt. In der Chirurgie hat der Arzt und Student Gelegenheit, vor allem in den praktischen Uebungen im Operationssaal und in der chirurgischen Poliklinik selbst mitzuarbeiten. Die klinische Vorlesung tritt an Bedeutung hinter dem praktischen Kursus zurück, sie stellt gewissermaßen nur einen Leitfaden für die vorwiegend praktische Betätigung dar. Aehnlich nimmt die Ausbildung in den theoretischen Fächern, besonders der Hygiene, Bakteriologie, Immunitätslehre sowie der Pathologie in erster Linie Rücksicht auf die Bedürfnisse des praktischen Arztes. Allen klinischen und theoretischen Vorlesungen und Uebungen wird eine Vortragsreihe über Rassenpflege und Bevölkerungspolitik unter Leitung des Senators Professor Dr. Kluck vorangestellt; sie soll durch Erbkrankenvorstellungen ergänzt werden. Aufgabe dieses Lehrfaches ist, den Arzt und Studenten mit den bevölkerungspolitischen Maßnahmen der deutschen und Danziger Regierung vertraut zu machen und ihm die Wege eigener Mitarbeit auf diesem verantwortungsvollen Gebiet zu zeigen.

Das Institut soll nicht nur dem ärztlichen Nachwuchs Danzigs und der ständigen Fortbildung der Danziger Aerzte dienen, sondern darüber hinaus in erster Linie Studierenden aus dem Reich, die die ärztliche Vorprüfung vollständig bestanden haben, Gelegenheit zu gründlicher praktischer Ausbildung geben. Außer den immatrikulierten Studierenden können Medizinalpraktikanten und approbierte Aerzte zur allgemeinen Weiterbildung sowie Gasthörer an den Vorlesungen der Akademie teilnehmen. Die Gebühren sind sehr mäßig gehalten, um einen weitestgehenden Besuch der Akademie zu ermöglichen. Sie darf als eine Stätte wissenschaftlich-praktischer medizinischer Fachausbildung allerersten Ranges bewertet werden und macht sich außerdem zur Aufgabe, das Verständnis für die Notwendigkeit der nationalsozialistischen Bevölkerungspolitik zu wecken und zu pflegen.

Die Hochschulen Ostdeutschlands

Ueber die Zahl der an den ostdeutschen Universitäten und Hochschulen im Sommersemester 1934 immatrikulierten Studenten gibt nachstehende Uebersicht Auskunft (in Klammern: v. H. der an der betreffenden Hochschulgattung überhaupt immatrikulierten Studenten).

Universität Königsberg	3600	(5,2)
Universität Breslau	3450	(5,1)
Technische Hochschule Breslau	492	(3,1)
Technische Hochschule Danzig	1264	(8,1)
Handelshochschule Königsberg	403	(24,0)
Philos.-Theol. Hochschule Braunsberg	101	(4,0)
Hochschule für Lehrerbildung Beuthen (OS.)	183	(5,7)
Hochschule für Lehrerbildung Elbing	390	(12,2)
Hochschule für Lehrerbildung Frankfurt (O.)	159	(5,0)
Hochschule für Lehrerbildung Hirschberg i./R.	231	(7,2)
Hochschule für Lehrerbildung Kottbus	153	(4,8)
Hochschule für Lehrerbildung Lauenburg (P.)	271	(8,4)

Im Sommersemester 1934 waren an allen 23 Universitäten des Deutschen Reiches 71 103 Studenten immatrikuliert. Davon besuchten 7050, d. s. 10,3 v. H., die ostdeutschen Universitäten. Ausländische Staatsangehörige studierten an der Universität Königsberg 222 und Breslau 78. An den Technischen Hochschulen des Reiches und Danzigs waren 15 555, davon in Breslau und Danzig 1756 Studenten immatrikuliert (= 11,2 aller Th.-Studierenden).

Von den vier Handelshochschulen des Reiches mit zusammen 1680 immatrikulierten Studenten liegt eine im Osten (Königsberg), auf die 24 v. H. aller HH.-Studenten entfallen (darunter 85 Ausländer). Philosophisch-Theologische Hochschulen und Akademien gibt es im Reiche 13 mit 2544 immatrikulierten Studenten. Davon eine in Braunsberg (Ostpreußen) mit 101 Studenten (= 4 v. H.). Vor kurzem wurde in Danzig eine Medizinische Akademie eröffnet. (Siehe hierüber den Artikel auf Seite 105.)

Während bei all diesen Hochschulen Ostdeutschland nur verhältnismäßig schwach vertreten ist, liegt das Schwergewicht der Hochschulen für Lehrerbildung ganz eindeutig im Osten. Von den 13 bestehenden Hochschulen dieser Art entfallen sechs auf den Osten. Von den 3208 an diesen Hochschulen insgesamt immatrikulierten Studenten besuchten im Sommersemester des vergangenen Jahres 1387 die Hochschulen des Ostens: das sind 43,3 v. H.

Legt man die Zahlen der immatrikulierten Studenten zugrunde, dann kann man bisher nur von den Hochschulen für Lehrerbildung behaupten, daß sie der Bedeutung des Ostens in vollem Umfange gerecht zu werden vermögen. Die Universitäten und Technischen Hochschulen des Ostens aber stehen erst am Anfang einer Entwicklung, durch die sie zu den bevorzugten wissenschaftlichen und zugleich nationalpolitischen Erziehungsstätten der deutschen akademischen Jugend gemacht werden sollen. Ansätze hierzu sind schon vorhanden. Ehe aber der Gedanke eines pflichtmäßigen Ostsemesters für alle deutschen Studenten durchgeführt werden kann, ist es notwendig, in den technischen Einrichtungen und in der wissenschaftlichen Lehrtätigkeit der Universitäten und Hochschulen in Königsberg, Danzig und Breslau die Voraussetzungen hierfür zu schaffen. Es kommt auch nicht so sehr darauf an, daß nun jeder deutsche Student ein oder mehrere Semester im Osten zubringt. Viel wertvoller ist es, daß die dorthin gehen, die auch das Zeug und den Willen besitzen, ihre Arbeit und wissenschaftliche Ausbildung bewußt den Aufgaben des Ostens unterzuordnen, und daß denen, die das können und wollen, im Bedarfsfalle eine entsprechende Unterstützung gewährt wird.

Die deutschbaltische Jugendbewegung in Estland

Die Deutschbalten hatten in der Vorkriegszeit keine Jugendbewegung. Als im Reich die Jungen bereits in vollem Aufbruch begriffen waren, um sich neue Lebensformen zu erwandern, war der Typ des „jugendlichen Erwachsenen" immer noch kennzeichnend für deutschbaltische Art, jung zu sein. Während der Bruch mit der Vergangenheit in der binnendeutschen Jugend immer offensichtlicher zutage trat, war das einzige Hochziel deutschbaltischen Jungseins in den sogenannten „höheren", hier mehr als bei den anderen deutschen Stämmen führenden und richtunggebenden Kreisen die Farbenmütze der Dorpater studentischen Verbindungen. Die Erstarrung der ältesten und traditionsgebundensten deutschen Volksgruppe in einem überalterten Lebensstil war so weit fortgeschritten, daß selbst bei den Jungen das Gefühl für das schlechthin Verhängnisvolle dieses Zustandes verlorengegangen war. Die Kruste um die lebenerneuernden Kräfte deutschbaltischen Volkstums war so hart geworden, daß auch gewaltiges Geschehen, wie Weltkrieg und bolschewistische Sturmflut, keine Bresche zu schlagen vermochte. Erst als die deutsche Revolution die Seele der Nation in ihrem tiefsten Grunde aufwühlte und mit ihrer befruchtenden Welle alles in der Welt, was gleichen Blutes war, in den großen Strom deutschen Lebens hineinzwang, löste sich auch im Deutschbaltentum die Verkrampfung und machte die Kräfte völkischer Erneuerung frei. Eine der schönsten Folgen der Befreiung auch dieses deutschen Stammes von den verderblichen Fesseln kultureller und seelischer Eigenbrötelei ist es, daß die deutschbaltische Jugend wieder jung ist. Wir haben endlich eine deutschbaltische Jugendbewegung, und zwar eine, die sich wahrhaftig sehen lassen kann.

Wie wir bereits erwähnt, vor dem großen Kriege gab es eine solche überhaupt nicht. Nachher begann das Gedankengut der deutschen Jugendbewegung, sehr langsam zunächst und sehr allmählich, die Traditionsmauer zu durchlöchern und bei der deutschbaltischen Jugend Eingang zu finden. Es waren allerdings immer noch zahlenmäßig sehr geringe, wenn auch sicherlich nicht die schlechtesten Teile dieser Jugend, die in den Bann der Bewegung gerieten. Aber diesen schwachen Anfängen schien eine Erfüllung in Gestalt einer aus eigenem Wesen entsprungenen Lebensform nicht beschieden zu sein. Die Gefahr kam diesmal von konfessioneller Seite. Die durch und durch unschöpferisch gewordene evangelische Landeskirche wollte die Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, die sich regenden neuen Kräfte für eigene Zwecke nutzbar zu machen und die im Aufbruch befindliche Jugend in ihre Hürde zu treiben. Die starre Traditionsgebundenheit des baltischen Menschen sollte ihr dabei treffliche Vorspanndienste leisten. Im Resultat sollte neues Leben aus den kirchlichen Ruinen erblühen. Daß die sonst ganz gute Rechnung letzten Endes doch nicht aufgehen konnte, zeigt die Begründung und der Erfolg des „Deutschbaltischen Pfadfinderkorps", wie die Organisation der deutschbaltischen Jugendbewegung in Estland heute heißt. Der Grund, auf dem die Jugend in Estland nunmehr baut, ist nicht mehr der Felsen Petri, sondern Blut und Boden. Diese Jungen sind dabei keineswegs gewillt, mit der deutschbaltischen Kirche zu brechen oder ihr gar den Kampf anzusagen, sie erhoffen im Gegenteil ein ersprießliches Zusammenarbeiten. Voraussetzung ist jedoch, daß die Grundlage, auf der aufgebaut wird, für beide Teile dieselbe ist: das deutsche Volkstum.

Die deutschbaltische Jugendbewegung, wie sie heute geworden ist und wohl für alle Zukunft bleiben wird, ist nur aus dem Geiste einer neugewordenen Zeit zu verstehen. Ihr Ziel ist ebenso radikal wie eindeutig: sie will neue Menschen erziehen, und zwar solche Menschen, die durch ihre Gesinnung und ihre Haltung dazu berufen sind, das Volkstum zu erneuern. Das Deutschbaltische Pfadfinderkorps spricht das in seiner Satzung mit folgenden Worten aus: „Das Ziel des Vereins . . . ist es, die deutschbaltische Jugend in der Richtung der Entwicklung sowohl der sittlichen als auch der körperlichen Kräfte zu erziehen", und erläutert

diesen Gedanken weiterhin durch die Erklärung: „Das Korps ist die Vereinigung der deutschen Jungen in Estland, die den Willen haben, in kameradschaftlichem Zusammenschluß, bei freiwilliger, aber strenger Unterordnung und Hintansetzung der eigenen gegen die Gemeinschaftsinteressen Männer zu werden, welchen die Treue gegen Heimat und Volkstum über alles geht." In einem aus den Kreisen der Jugendbewegung herstammenden Beitrag der in Dorpat erscheinenden „Deutschen Zeitung" über das Deutschbaltische Pfadfinderkorps heißt es dann weiter: „Es sollen im Pfadfinderkorps Menschen mit einer ganz bestimmten inneren und äußeren Haltung erzogen werden. In der inneren Haltung liegen Zweck, Ziel, Stoßkraft und Leistungsfähigkeit des Korps. Die äußere ist ein Spiegel der inneren Haltung. Sie führt zum Ideal hin, das darin besteht: fromm, tief, fröhlich, rein an Leib und Seele, straff, pflichttreu, einsatz- und opferbereit zu sein durch Tat und Leistung; nicht durch Geschwätz sollen die Jungen ihren Willen bekunden und sich in den höheren Willen der Gemeinschaft einfügen. Sie sollen sich als Teil dieser Gemeinschaft fühlen. Die Gemeinschaften sind: der Bund, das deutsche Volkstum, der estländische Staat.

Wesentlich für die Erreichung des Zieles ist die Disziplin. Sie erzieht die Jungen nicht nur zur Liebe und zum Einsatz für den Bund, sie züchtet selbst den erstrebten straffen Typus, und schließlich ist sie das Mittel, durch das der einzelne in die Gemeinschaft eingeordnet wird. Disziplin kann aber nur sein, wo ein Wille sich unbehindert durch die Willensäußerungen anderer durchsetzt. Der Führer, der zum Repräsentanten des Gesamtwillens gegenüber dem einzelnen geworden ist, hat darum unbeschränkte Befehlsgewalt.

Aus der inneren Haltung der Pfadfinder erwächst die ganz bestimmte äußere Form, die Art, sich zu geben, der Stil. Die innere Haltung bestimmt die Lieder, die gesungen werden, die Art des öffentlichen Auftretens, das Lagerleben, die Heimatabende, ja sogar die Kleidung. Stil ist also jede Handlung, die unter dem Zeichen des erstrebten Zieles geschehen ist und seiner Verwirklichung dient. Stillos ist alles, was ohne Zusammenhang mit der inneren Haltung getan oder zugelassen wird.

Zur Durchführung seines Zieles hat das Pfadfinderkorps drei große Aufgaben. Erstens: die Zusammenfassung der gesamten Deutschen männlichen Jugend des Landes unter 18 Jahren. Die erstrebte Neugestaltung der estländischen deutschen Jugend ist nur dann möglich, wenn diese Jugend in einem einzigen Bund vereinigt ist. Zweitens: die Erziehung und Schulung. Drittens: die körperliche Ertüchtigung."

Gegliedert ist das Deutschbaltische Pfadfinderkorps in das aktive Korps und einen Verein der Förderer des Pfadfinderkorps. Letzterem kann jeder deutschbaltische Estländer angehören, der Zweck des Vereins wird durch seine Bezeichnung eindeutig umschrieben. Zum aktiven Pfadfinderkorps gehören die Jungen zwischen 10 und 18 Jahren. Geführt wird das Korps vom Korpsführer, dem mehrere Horste unterstehen, diese wiederum sind in Trupps eingeteilt. Jeder Trupp besteht aus zwei Scharen, die Schar aus zwei Kameradschaften. Die kleinste Einheit zählt einen Kameradschaftsführer, seinen Stellvertreter und acht Pfadfinder. Das Korps trägt eine einheitliche Tracht, bestehend aus Kniehose, dunkelgrünem Hemd mit Achselklappen und blauem Kragen. Dazu kommt je nach dem Standort wechselnd schwarze oder blaue Halsbinde oder Halstuch. Vervollständigt wird die Tracht durch Schulterriemen und eine Mütze, die unserer Jungvolkmütze in der Form ähnlich ist. Der Gruß der Pfadfinder ist militärisch.

Dem Pfadfinderkorps ist die „Mädelschaft im Deutschbaltischen Pfadfinderkorps" angegliedert. Sie ist nach ähnlichen Grundsätzen aufgebaut und will die weibliche Jugend ihrer besonderen Eigenart entsprechend zum vollwertigen Gliede der deutschbaltischen Volksgemeinschaft erziehen. Insbesondere wird Wert gelegt auf eine der neuen Zeit angemessene Einstellung zur Mutterschaft und zum Arbeitsgedanken. Die Volksgruppe des Agrarlandes Estland braucht Frauen und Mütter, die keine Scheu davor empfinden, das oft nicht leichte Los der Bauernfrau freudig zu tragen. Die Arbeit der Jugendbewegung vollzieht sich in den gleichen äußeren Formen, wie sie auch uns im Reich geläufig sind: Fahrten, Lager, Heimabende, weltanschauliche Schulung, Lieder, Sprechchöre, Volkstanzabende und Feiern. Die gesamte Arbeit aber ist ausgerichtet auf das eine Ziel: Deutscher zu sein und zu bleiben, zu wurzeln im Boden deutscher Weltanschauung, zugleich aber dem Heimatlande Estland deutsche Treue zu halten. Die deutschbaltische Jugend läßt sich durch keinerlei Quertreibereien, gleichviel von welcher Seite sie kommen mögen, in der Ueberzeugung beirren, daß ihr Streben nur dann das gesteckte Ziel erreichen kann, wenn die gesamte deutsche Jugend des Landes einer einzigen Gesinnungsgemeinschaft angehört. Das Deutschtum Estlands kann nur eine geschlossene Jugend brauchen, ebenso wie in der weltanschaulichen Geschlossenheit das einzige Heil der gesamten deutschbaltischen Volksgemeinschaft liegt. Rbs.

Zuckerrüben in der mittleren Ostmark

Einige Teile der mittleren Ostmark gehörten vor dem Kriege zu den bevorzugten Rübenbaugebieten des deutschen Ostens, so die Kreise Meseritz, Schwerin a. d. W., Züllichau-Schwiebus, Ost- und Weststernberg, Landsberg a. d. W. und Friedeberg. Durch die Versailler Grenzziehung wurde der Rübenanbau in diesen Gebieten unrentabel. Bis dahin nämlich hatten diese Gebiete ihre Rübenernte an die Zuckerfabriken in Opalenitza und Samter geliefert. Mit der Grenzziehung fiel diese Absatzmöglichkeit fort, denn die beiden Fabriken kamen an Polen. Die Landwirte der mittleren Grenzmark und Ostbrandenburgs waren nunmehr auf den Absatz ihrer Zuckerrüben an die Fabriken in Fraustadt und Nauen angewiesen, die von den erwähnten Rübenbaugebieten jedoch bis zu 200 Bahnkilometer entfernt sind. Wegen der bei einer solchen Entfernung recht erheblichen Frachtkosten mußte der Rübenbau allmählich aufgegeben werden. Die Landwirte versuchten sich durch vermehrten Kartoffelanbau einen Ersatz zu verschaffen. Dieser Versuch hatte aber nur wenig Erfolg. Auch hier tauchten bald Absatzschwierigkeiten auf. Denn Berlin versorgt sich in der Hauptsache aus seiner näheren und weiteren Umgebung mit Kartoffeln, so daß als Hauptabsatzgebiete für ostmärkische Kartoffeln die etwa 600 Bahnkilometer entfernten westdeutschen Industriegegenden in Betracht kamen. Bei den hohen Frachtkosten, die eine empfindliche Vorbelastung darstellten, kamen die ostmärkischen Bauern nicht auf ihre Kosten. Eine Verwertung an Ort und Stelle durch Errichtung von Brennereien kam nicht in Frage, da bei der großen Ausdehnung der Kartoffelanbauflächen Brennrechte nur für leichte Böden unter 400 *RM* Einheitswert für den Hektar gegeben werden.

Unter diesen Umständen wurden Versuche unternommen, den alten Rübenbau wieder zu beleben. Der erste Schritt in dieser Richtung wurde bereits unternommen. Die maßgebenden Stellen haben für die oben erwähnten Kreise den Anbau von Zuckerrüben auf einer Fläche von 3000—4000 Hektar bewilligt. Die Errichtung einer Zuckerfabrik, die für die Rentabilität des Rübenanbaus die Voraussetzung ist, ist in Meseritz in Aussicht genommen. Bis zu deren Fertigstellung sollen die Bauern ihre Ernte an die nächstgelegenen Fabriken liefern und dabei die Frachtdifferenzen ersetzt erhalten. Daß die mittlere Ostmark für den Rübenbau gut geeignet ist, haben die Erfahrungen der Vergangenheit eindeutig erwiesen. Die Witterungsverhältnisse sind dort für Rüben sogar günstiger als für Halmfrüchte. Mit der wirtschaftlichen Ermöglichung des Rübenbaus wäre der Landwirtschaft der mittleren Ostmark viel geholfen. Nicht nur, daß sie eine gesicherte Einnahmequelle erhielte, neben den Rübenerträgen wären die anfallenden Mengen von Blättern und Schnitzel für die Futterversorgung besonders der wiesenarmen Gegenden wertvoll, da sie eine Hebung des Milchviehbestandes ermöglichen würden. Im Rübenanbau könnten ca. 1000 Arbeiter Beschäftigung finden.

Das oberschlesische Abstimmungserinnerungsabzeichen

Als am 9. November 1918 die Novemberrevolte ausbrach, ahnte in Oberschlesien niemand, daß dieses Land ein Streitobjekt der sogenannten Siegermächte sein könnte. Doch allzubald erfuhr die Bevölkerung Oberschlesiens, die vom Schicksal des Krieges bisher verschont geblieben war, eine herbe Enttäuschung. Wilsons 14 Punkte waren der Vorwand zu dem Versuch, Oberschlesien vom Reich loszutrennen, einem Versuch, der von den Engländern schließlich noch zu einer Abstimmung abgeschwächt werden konnte. Franzosen, Engländer und Italiener besetzten das oberschlesische Gebiet, eine Interalliierte Kommission unter Führung Le Ronds wurde gebildet und die Volksabstimmung auf den 20. März 1921 festgesetzt. Fast ¾ Million Oberschlesier, darunter Hunderttausende heimattreuer Oberschlesier aus dem Reiche, Junge und Alte, Arme und Reiche, Kranke und Gesunde, strömten zur Wahlurne, um ihre Stimme für das deutsche Vaterland abzugeben.

Durch die mit Einverständnis des Reichsministeriums des Innern erfolgte Stiftung eines Abstimmungserinnerungszeichens durch den Bundesleiter des Bundes heimattreuer Schlesier wird eine Dankesschuld an die noch lebenden Abstimmungsteilnehmer abgetragen. Das Abstimmungserinnerungszeichen kann nur unter folgenden Bedingungen erworben werden:

1. Abstimmungserinnerungszeichen können nur **Abstimmungsteilnehmer** erhalten, welche durch **Abstimmungspässe oder sonstige Unterlagen** nachweisen, daß sie an der oberschlesischen Abstimmung am 20. März 1921 teilgenommen haben. In Ermangelung solcher Unterlagen genügt die Abgabe einer Erklärung.
2. Ueber die Abgabe der **Stimme für Deutschland** ist vom Antragsteller eine schriftliche Versicherung abzugeben.
3. Jeder Antragsteller muß rassisch und weltanschaulich auf dem Boden der nationalsozialistischen Staatsführung stehen. In besonderen Fällen kann von dieser Bedingung abgewichen werden. (Demnach können es auch ausländische und jüdische Abstimmungsteilnehmer erwerben.)
4. Das oberschlesische Abstimmungserinnerungszeichen wird von Männern auf der Rockklappe, von Frauen als Brosche oder Anhänger getragen. Jede andere Tragweise ist unzulässig.
5. Unbefugtes Tragen dieses Zeichens ist verboten.
6. Für das Abstimmungserinnerungszeichen mit Besitzurkunde einschl. Verpackung und Porto sind 2 Mark Gebühren zu entrichten.
7. Eingereichte Urkunden, Abstimmungspässe usw. werden zurückgesandt.
8. Bei Verlust des Abstimmungserinnerungszeichens kann dieses nur bei der Bundesleitung unter Angabe der Nummer der Besitzurkunde gegen eine Gebühr von 1 Mark erworben werden.
9. Ein Rechtsanspruch auf den Erwerb des Abstimmungserinnerungszeichens besteht nicht. Der Bundesleiter ist berechtigt, beim Vorliegen schwerwiegender Gründe den Antrag abzulehnen.

Ein jeder Abstimmungsteilnehmer, der es auf Antrag bei der Bundesleitung, Berlin W 30, Motzstraße 46, erwirbt, kann stolz darauf sein, ein derartiges Zeichen offen tragen zu dürfen, bezeugt er doch dadurch seine stete Verbundenheit mit dem deutschen Vaterlande und seiner oberschlesischen Heimat.

Das Abstimmungserinnerungszeichen, welches in der oberschlesischen **Gleiwitzer Kunstgießerei** hergestellt wird, die durch die Herstellung der ersten Eisernen Kreuze und die eisernen Schmucksachen „Gold gab ich für Eisen" im Jahre 1813 allgemein bekannt ist, ist ein von einem Lorbeerkranz umgebenes Kreuz, dessen Querbalken den Abstimmungstag Oberschlesiens, den 20. März 1921, trägt. In den oberen Feldern befinden sich die Buchstaben O. S., und der untere Teil des Längsbalkens ist von Schlegel und Hammer, die Oberschlesien als Industriegebiet symbolisieren, durchkreuzt.

Jeder Antragsteller erhält eine künstlerisch ausgefertigte **Besitzurkunde**, die die Wappen der Städte Oppeln, Kattowitz, Hindenburg, Tarnowitz, Gleiwitz, Lublinitz, Kreuzburg, Cosel, Leobschütz, Groß-Strehlitz, Beuthen OS., Königshütte und Ratibor aufweist, in der Mitte befindet sich eine Abbildung des Abstimmungserinnerungszeichens, während sich oben rechts in der Ecke ein Bild vom Annaberg, links in der Ecke ein Bild der Hohenzollerngrube befindet. Unten sind die Bilder des oberschlesischen Dichters Josef von Eichendorff und des heimatlichen Schriftstellers Gustav Freytag untergebracht.

E. Holewa.

Buchbesprechungen

Die Alpen im deutschen Raum. Von Friedrich **Metz**. Verlag Grenze und Ausland, Berlin W 30 und Stuttgart. 1934. 30 Seiten. Preis 0,70 *RM.* — In dieser kleinen Broschüre wird von dem als Geograph wie als Volkstumspolitiker bekannten Verfasser das wesentlichste über die Zugehörigkeit des von deutschen Menschen besiedelten Alpenraumes zu Deutschland gesagt. Die Behauptungen von der Existenz eines „österreichischen Menschen", von der Geschlossenheit der Alpenwelt gegenüber dem Reich, von der Bedeutung der Barockkultur usw. werden knapp und klar widerlegt. Es ist die Schicksalsfrage, die heute an das deutsche Volk in Oesterreich gestellt wird, ob ihm der reichsdeutsche Bruder näher steht oder jene internationalen Schichten in Wien, die in allen Staaten nur zersetzend und niemals aufbauend gewirkt haben, und mit denen sich das heutige Wiener Regime — gegen den erwiesenen Willen des Volkes — verbündet hat. Ausgezeichnete Bilder unterstützen und bekräftigen das im Text Gesagte. —l.

Das zweite Jahr des nationalsozialistischen Staates. Von Georg **Hanke**. Verlag von Julius Beltz in Langensalza. 24 Seiten. 0,50 *RM.* — Die politischen Ziele des Führers, der Saarkampf, die innere Neuordnung, die Arbeitsschlacht, die Deutsche Arbeitsfront, das Winterhilfswerk, die deutsche Wirtschaft usw., die wichtigsten Tatsachen, Ereignisse und Reden, die die Entwicklung auf diesen Gebieten des deutschen Lebens im Jahre 1934 kennzeichnen, sind hier zusammengestellt.

Am Karfreitag, früh 9 Uhr, verschied nach Gottes unerforschlichem Ratschluß mitten in seiner unermüdlichen Arbeit mein geliebter Mann, unser treusorgender Vater,

der Mühlenbesitzer

Wilhelm Poehlke

im 64. Lebensjahre.

In tiefem Schmerz im Namen der Hinterbliebenen:

Frau Johanna Poehlke
geb. Riewe.

Burg bei Magdeburg